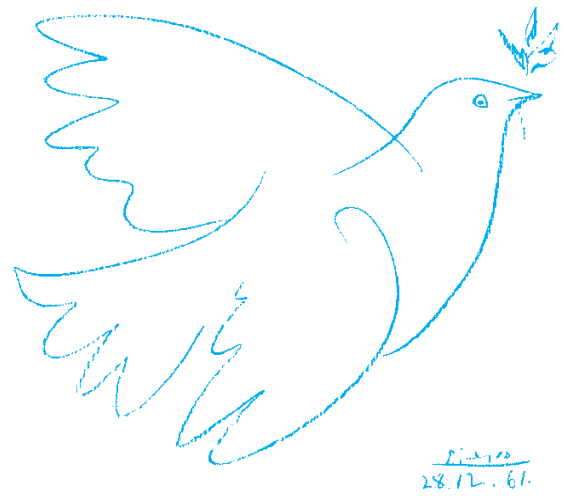
AZB
4001 Basel



Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

43. Jahrgang
Nr. 2 – 2020
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

COVID-19: Fünf Forderungen der US-Friedensbewegung **2**
Nation gewordene Solidarität: Das Heer der Weisskittel **3**
70 Jahre Stockholmer Appell: Zwischen Hölle und Vernunft **4**
Streik dem Krieg: Jugendliche Lust am Frieden **5**
Julian Assange: Eskalation des US-Terrorkrieges **6**
Ana Belén Montes: Freiheit naht **7**
Aenni Goldschmidt-Michel: Ein Leben für den Volkstanz **8**

Die Verdammten dieser Erde haben aussen vor zu bleiben: Der Überlebensbunker für Reiche von Survival Condo verspricht «Sicherheit auf militärischem Niveau». Foto survivalcondo.com

Schlimmste Immunschwäche der Menschheit

Von der egoistischen Entfremdung der Mächtigen

Die Reichen klammern sich an ihre Millionen und an den ihnen so gebräuchlichen Satz, «es ist leichter, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus».

Von Enrique Milanés León

Blonder denn je hinter ihrem Accessoire, posierte die wohlhabende amerikanische Schauspielerin und Sängerin Gwyneth Paltrow vor nicht allzu langer Zeit auf dem Weg nach Paris für Instagram. Sie trug eine schwarze, fünflagige Atemschutzmaske mit «ultraglatter, hautfreundlicher Oberfläche» der schwedischen Firma Airinum, dem glücklichen Hersteller dieses auf seiner digitalen Website bis April ausverkauften 69-99-Dollar-Stückes.

Ein anderes Unternehmen, die britische Cambridge Mask Co. stellt einen Mundschutz mit «militärischen Kohlenstoff- und Partikelfilterschichten» her, der für 30 Dollar wie warme Semmeln verkauft wird, während die Italiener bei Fendi Roma mit ihrem eigenen, satte 190 Euro teuren Modell einen Mordsgewinn erzielt haben. Um nicht weniger (Geld) zu verdienen, haben die berühmten Firmen Louis Vuitton und Off White für 100 Euro schön gestaltete COVID-19-Protektoren in ihren Katalog aufgenommen.

Könnte es sein, dass der Coronavirus sich von den Marken verführt lässt, von den Laufstegen und den Preisen beeindruckt ist? Es scheint nicht so, aber wer kann den Reichen die Vorstellung nehmen, dass sie alles kaufen können... einschliesslich der teuren Bioschilde und der Unsterblichkeit selbst.

Die «Plastik»-Millionäre

Obwohl sich viele Menschen in der gegenwärtigen traurigen Situation bewusst werden, wie zerbrechlich die Menschheit als einzige Spezies der Welt ist, die ihr eigenes Nest mutwillig zerstört – und übrigens inmitten der Gesundheitskrise fast alles stoppt ausser der aktiven Kriege –, zeigt die Arroganz der Mächtigen weiterhin ihre Fratze.

Manche haben so viel Geld und so wenig Lust, sich auf das Problem einzulassen, dass sie sich sogar weigern, ein Flugzeug mit ihresgleichen zu teilen – denn wie auf der Titanic reisen selbst unter der ersten Klasse meist einfache sterbliche Touristen. Genau darauf zielt die Werbekampagne des in Florida ansässigen Flugzeugvermieters Southern Jet mit seinem Köder: «Weichen Sie dem Coronavirus mit einem Privatflug aus... Fordern Sie noch heute Ihr Angebot an!»

Was ist Ihrer Meinung nach passiert? Die Botschaft war ein Erfolg: Die Bestellungen stiegen trotz der 20 000 Dollar, die beispielsweise ein Flug zwischen Florida und New York kosten kann.

Natürlich kann man in einem Flugzeug, egal wie exklusiv, keine ganze Saison verbringen, wie das etwa andere «Plastik»-Wesen tun, die sich auf luxuriösen Yachten isolieren. Tatsächlich hat sich im Moment mehr als ein Millionär, der dachte, er würde sich im schönen Italien ausruhen, dafür entschieden, sein Schiff im Mittelmeer zu verankern, jenem romantischen oder barocken Meer, in dem von Zeit zu Zeit der Körper eines namenlosen Migranten an die Oberfläche dringt, der vor den Qualen fliehen musste, die durch die Polarisierung des Reichtums und den daraus resultierenden Kriegen entstanden sind.

Nur wenige Millionäre auf der Welt fragen sich, wie die Armen geheilt werden, aber was sie selbst betrifft, so gibt es Good News über den «Boutique-Arzt»-Service, d.h. exklusive Aufmerksamkeit für VIPs in hochmodernen Einrichtungen. Denn was fehlt im Paket der Paranoia noch, wenn sich viele schon Gebäude, mittelalterliche Burgen und sogar ganze Inseln gekauft haben? Sich gegen den starken Einschlag zu schützen!

Mit dem Kopf im Bunker

Die Ungleichheit, von der sie profitiert haben, kündigt die «Apokalypse» an. Um sie zu überleben, wollen mehrere Millionäre ihren Kopf noch tiefer in den Sand respektive in den Bunker stecken. Eine gewisse New Yorker Erbin mit verschleiertem Namen bestellte einen handgefertigten Bunker mit medizinischer Isolierung und Belüftungssystem, der auf ihre erhabene Nasenspitze zugeschnitten ist.

Wahrscheinlich hätte sie es gerne exklusiv, aber ihr Fall ist alles andere als einzigartig: Loggen Sie sich einfach auf der Survival Condo Website ein *(survivalcondo.com)* und lesen Sie: «Willkommen in der Überlebens-

Fortsetzung Seite 2

Guterres: Aufruf zu Globalem Waffenstillstand

Irrsinn des Krieges

UNO-Generalsekretär Antonio Guterres hat sich am 23. März 2020 mit einem eindringlichen Appell an die Welt gewandt, bewaffnete Konflikte unverzüglich zu stoppen und einen sofortigen weltweiten Waffenstillstand zu vereinbaren.

Unsere Welt steht vor einem gemeinsamen Feind: COVID-19.

Das Virus macht keinen Unterschied zwischen Nationalität oder ethnischer Zugehörigkeit, Gruppierung oder Glauben. Es greift alle an, unerbittlich.

Währenddessen wüten bewaffnete Konflikte auf der ganzen Welt.

Die Schwächsten – Frauen und Kinder, Menschen mit Behinderungen, Marginalisierte und Vertriebene – zahlen den höchsten Preis.

Sie sind auch am stärksten gefährdet, verheerende Verluste durch COVID-19 zu erleiden.

Wir dürfen nicht vergessen, dass in den vom Krieg verwüsteten Ländern die Gesundheitssysteme zusammengebrochen sind.

Die ohnehin schon wenigen Gesundheitsfachkräfte sind häufig betroffen.

Flüchtlinge und andere durch gewaltsame Konflikte vertriebene Personen sind doppelt gefährdet.

Die Wut des Virus veranschaulicht den Irrsinn des Krieges.

Deshalb rufe ich heute zu einem sofortigen globalen Waffenstillstand in allen Teilen der Welt auf.

Es ist an der Zeit, bewaffnete Konflikte zu beenden und sich gemeinsam auf den wahren Kampf unseres Lebens zu konzentrieren.

Den Kriegsparteien sage ich:

Ziehen Sie sich aus den Feindseligkeiten zurück.

Legen Sie Misstrauen und Feindseligkeit beiseite.

Bringen Sie die Geschütze zum Schweigen; stoppen Sie die Artillerie; beenden Sie die Luftangriffe.

Das ist entscheidend:

Hilfe bei der Schaffung von Korridoren für lebensrettende Hilfe.

Um wertvolle Fenster für die Diplomatie zu öffnen.

Hoffnung an Orte zu bringen, die zu den am stärksten von COVID-19 bedrohten gehören.

Lassen wir uns von Koalitionen und Dialogen inspirieren, die sich langsam zwischen rivalisierenden Parteien bilden, um gemeinsame Ansätze gegen COVID-19 zu ermöglichen. Aber wir brauchen noch viel mehr.

Wir müssen die Krankheit des Krieges beenden und die Krankheit bekämpfen, die unsere Welt verwüstet. Es beginnt damit, dass wir die Kämpfe überall stoppen. Und zwar sofort.

Das ist es, was unsere Menschheitsfamilie braucht, jetzt mehr denn je.

Antonio Guterres
UNO-Generalsekretär

2 000 000 000 000 $

Wie war das noch mal mit den dümmsten Bauern und den grössten Kartoffeln?

Nordamerika mit den grössten Bauern hat da offenbar etwas falsch verstanden, wie anders ist es zu erklären, dass sie immer wieder die dümmsten Präsidenten wählen?

Noch Ende Februar krakelte der selbsternannte Virologe Donald Trump, Corona sei eine Wahlkampferfindung der Demokraten. Corona sei ein chinesischer Virus, eine Art Grippe und man müsse gar nichts tun. Wenige Tage später gab es auch in den USA die ersten Toten. Darauf standen die Leute vor den Waffenläden Schlange, um sich mit Munition und Handfeuerwaffen einzudecken, nur weil es der Präsident unterliess seinen Bürgern mitzuteilen, dass man ein Virus nicht erschiessen kann.

Einem Virus entgegnet man mit Verstand, mit einem gut ausgebauten Gesundheitswesen, mit Fachwissen, mit medizinischem Personal, Disziplin und vielem mehr. Das Virus übrigens hat keine Ahnung, wer gerade wo Präsident ist.

Nur 4 Wochen nach dem Erguss präsidialen Fachwissens haben die USA ein Corona-Nothilfeprogramm für ihre Wirtschaft beschlossen. Zwei Billionen Dollar, das sind zweitausend Milliarden, oder zwei Millionen Millionen. Unvorstellbar, wie lange es dauert bis diese Geldscheine gedruckt sind und unwahrscheinlich, dass die Weltfriedensbewegung davon etwas abkriegt.

Nun, UNSERE WELT, die Sie in den Händen halten, ist gedruckt, und damit wir diese Leistung weiterhin erbringen können, bitten wir Sie um Ihre Unterstützung.

Ruedi Moser

Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel,
IBAN CH 72 0900 0000 4000 1627 7. Besten Dank!

Karikatur Erik Zepeda/Juventud Rebelde

Fortsetzung von Seite 1

Die egoistische...

wohnanlage! Das Atlas-Raketensilo wurde in Luxus-Überlebenswohnungen umgewandelt. Überlebensbunker-Sicherheit / Vollständiges Luxus-Resort-Leben!» Von hier bis dort: Wenn Sie nicht zahlen, sind Sie verloren.

Für die Kleinigkeit von vier Millionen Euro bietet Survival Condo 340 Quadratmeter Duplex-Wohnraum. Die Hälfte dieser Fläche ist für 2,65 Millionen zu haben, und die kleineren Module, die 85 Quadratmeter gross sind, kosten 1,3 Millionen. Wow, genau der Ort, an den ein gewöhnlicher Erdling gehen würde, um sich vor der Grippe zu schützen.

Lassen Sie sich nicht vom Willkommensgruss verwirren, Ihr Armen dieser Erde; dies ist die Art von Weltuntergangs-Wohnungen, die dazu bestimmt ist, nur die elastische Haut von einem Prozent der Weltbevölkerung zu retten. Eine Art Arche Noah, bestückt nur mit Paaren von Reichen und Wohlhabenden und nicht von «Minderwertigen» wie die der Mittelklasse, der Arbeiter und der Bauern. Sie und ich, wir werden schwimmen müssen.

Die 2011 vom Geschäftsmann Larry Hall erbaute «Survival Condo» bietet in 70 Metern Tiefe eine Wohnsiedlung, die mehr als fünf Jahre lang 75 Personen autonom beherbergen kann. Es gibt einen Haustierpark, Klassenzimmer, Kino, Bibliothek, Sauna, ein Schwimmbad mit einem künstlichen Himmel und fiktiven Landschaften, die an der Wand befestigt sind. Und einen Schiesskeller…

Es ist eine Goldmine, die aus einer andern Phase der Unsicherheit hinübergerettet wurde: Aus dem Kalten Krieg. Damals bauten die USA mehrere unterirdische Atomwaffenlager, die nun von versierten Unternehmern in Überlebenskapseln verwandelt werden, um sie an verängstigte Millionäre zu verkaufen.

Seit Beginn der Coronavirus-Pandemie hat die Vivos Group *(www.terravivos.com)*, ein weiteres Unternehmen für katastrophensichere Untergrundschutzräume, ihre Anfragen und Verkäufe komfortabel vervielfacht.

Die falsche Bibel

Nicht mehr und nicht weniger: Diejenigen, die am meisten getan haben, um es zu beenden, fürchten auf Schritt und Tritt das Ende der Welt. Die Praxis der Vorbereitung auf eine solche Auswirkung wird «Survivalismus» genannt, und ihre Mitglieder werden als Überlebenskünstler oder – im Falle der Amerikaner, die nicht wenige sind – als Prepper bezeichnet. Sie wollen essen, Dumpfbacke!

Laut Reid Hoffmann, Mitbegründer des Linkedin-Netzwerks, fährt mehr als die Hälfte der Elite darauf ab. Die Reichen haben ihre «Bibel» zu diesem Thema: ein 400-seitiges Manifest mit dem Titel «Das souveräne Individuum: Wie man während des Zusammenbruchs des Wohlfahrtsstaates überlebt und gedeiht» *(The Sovereign Individual: How to Survive and Thrive During the Collapse of the Welfare State)*, das 1997 vom privaten Berater und Investor James Dale Davidson und dem verstorbenen Herausgeber der New York Times, William Rees-Mogg, veröffentlicht wurde.

Der Text, der die planetarische Elite darauf vorbereitet, den Zusammenbruch dieser Zivilisation zu überleben und eine andere zu gründen, definiert das ferne Neuseeland als die beste «Zuflucht im Falle einer Katastrophe durch Krieg, Naturereignisse, Viren»... Man hat das so stark geglaubt, dass – wie der New Zealand Herald berichtet – allein im Jahr 2016 mehr als 3 500 Quadratkilometer dieses Landes von Ausländern erworben wurden.

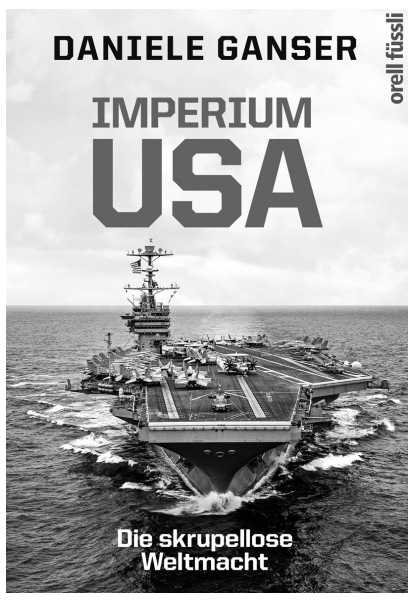
Wenn der Atemschutz die Augen verdeckt

Apropos tödliche Viren: In der ersten Woche nach der unglücklichen Wahl von Donald Trump wurden mehr als 13 400 Amerikaner bei den neuseeländischen Behörden vorstellig, um mit dem Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung zu beginnen.

Die Reichen klammern sich an ihre Millionen und an den ihnen so gebräuchlichen Satz, dass «es leichter ist, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus», und kaufen sich ein Stück unseres Planeten!

Ob sie das vor dem unerbittlichen Angriff von SARS-CoV2 schützt, dem Virus, das nicht nur die Herausforderung von COVID-19 gestellt hat sondern auch den schlimmsten Immunfehler der menschlichen Zivilisation aufdeckt: die egoistische Entfremdung der Mächtigen? Wenn die Atemschutzmaske die Augen verdeckt, kann wenig getan werden.

Enrique Milanés León ist kubanischer Journalist und Redaktor der Tageszeitung der kubanischen Jugend «Juventud Rebelde» (juventudrebelde.cu).



Freuen Sie sich auf das neuste Buch von Dr. Daniele Ganser. Toni Mächtlinger wird es in der nächsten Ausgabe der UW ausführlich vorstellen. Vorbestellen können Sie das Buch bereits jetzt über Buchhandlung Waser in Basel, Tel. 061 261 02 89

Fünf Forderungen der US-Friedensbewegung an die US-Aussenpolitik

Die USA und der Coronavirus

«Die Welt befindet sich in einer Krise. Die Coronavirus-Pandemie selbst und der von ihr ausgelöste wirtschaftliche Absturz haben tiefe Schwächen der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Ordnung offenbart», meint die US-amerikanische Organisation «Gewinnen ohne Krieg» (winwithoutwar.org). Wir dokumentieren ihre 5 Forderungen.

Die Welt befindet sich in einer Krise. Die Coronavirus-Pandemie selbst und der von ihr ausgelöste wirtschaftliche Absturz haben tiefe Schwächen der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Ordnung offenbart. Es gibt zwei Wege nach vorn. In die eine Richtung geht die Trump-Regierung mit ihrer rassistischen, nationalistischen Agenda. Dieser Ansatz reagiert auf die globalen Probleme, indem er internationale Verbindungen kappt, Grenzen schliesst, Mauern errichtet, fremde Länder und Migranten zum Sündenbock macht, den hierarchischen Status quo stärkt, die Interessen von Eliten und Unternehmen schützt und die Macht des Überwachungsstaates mit militärischer Sicherheit erhöht.

Auf der anderen Seite steht die globale progressive Graswurzelbewegung, die in Solidarität und Gerechtigkeit verwurzelt ist. Dieser Ansatz erkennt an, dass menschliche Sicherheit Grenzen überschreitet – dass wir, um eine Welt des Friedens, des Wohlstands und der Gesundheit für alle Menschen aufzubauen, transnational zusammenarbeiten müssen, um sowohl die gegenwärtige Krise zu mildern als auch langfristige strukturelle Veränderungen zu bewirken. Dieser Ansatz erfordert einen grundlegenden Wandel in der gegenwärtigen US-Aussenpolitik.

Eine fortschrittliche internationalistische Antwort auf die Krise muss mindestens fünf zentrale Forderungen erfüllen:

1. Keinen Dollar mehr für das Pentagon, Waffen und Kriege

Die grössten Sicherheitsherausforderungen des 21. Jahrhunderts – globale Ungleichheit, Klimawandel, Pandemien – können nicht militärisch gelöst werden. Jahre, in denen Billionen von Dollar in das Pentagon gepumpt wurden, anstatt in kritische menschliche Bedürfnisse zu investieren, haben uns bedauerlicherweise unvorbereitet gelassen, sich ihnen zu stellen.

Es gibt keinen Grund, noch einen weiteren Dollar für Waffen und Kriege im Pentagon zu verschwenden, das schon über ein Jahresbudget von 740 Milliarden Dollar verfügt. Es kann das Geld, das es bereits hat, gar nicht ausgeben, besteht keine Rechnungsprüfung, und fast die Hälfte seines Jahresbudgets geht an grosse Verteidigungsunternehmen.

Auch wenn militärische Ressourcen in dieser Krise nur in begrenztem Umfang für zivile Zwecke eingesetzt werden können, wie z.B. für den Bau von Krankenhäusern und die Beschleunigung der Lieferung von medizinischer Ausrüstung, benötigt das Pentagon keine zusätzlichen Mittel, um dies zu finanzieren.

Aber hier geht es nicht nur um den Haushalt. Der Haushalt folgt der Militarisierung unserer Gesellschaft und unserer Aussenpolitik und wurzelt in der falschen, profitorientierten Überzeugung, dass jedes Problem eine militärische Lösung hat.

Diese Krise zeigt, dass Leben davon abhängen, dass wir unseren Sicherheitsansatz neu ausrichten – von der Art und Weise, wie wir den Haushalt für innenpolitische und internationale Prioritäten gleichermassen aufstellen, bis hin zur Art und Weise, wie wir mit der Welt umgehen. Dies wird es uns ermöglichen, die tiefgreifenden Investitionen und strukturellen Veränderungen vorzunehmen, die erforderlich sind, um die schlimmsten Auswirkungen der gemeinsamen Bedrohungen, denen wir im 21. Jahrhundert gegenüberstehen, abzuschwächen, umzukehren und zu verhindern.

2. Sofortige Aussetzung – und dann Beendigung – der tödlichen US-Sanktionen

Im Iran und anderswo verschärfen die pauschalen, sektoralen Sanktionen (Handelsbeschränkungen gegen einzelnen^Wirtschaftszweige, der Übers.) der USA die Auswirkungen und tragen zur Verbreitung der Coronavirus-Pandemie bei. Sie in diesem Krisenmoment aufrechtzuerhalten – und sogar neue Sanktionen zu verhängen – ist ungeheuerlich.

Diese Sanktionen sind Teil der umfassenderen Strategie der USA, «maximalen Druck» auf Länder wie Kuba, Iran, Venezuela und Nordkorea auszuüben – ein Ansatz, der kontraproduktiv, unmenschlich und, wie diese Krise zeigt, gefährlich für die ganze Welt ist.

Breite sektorale Sanktionen sind Wirtschaftskrieg. Wir müssen die bestehenden Sanktionen unverzüglich aussetzen, Massnahmen ergreifen, um die reflexartige Überbeanspruchung von Sanktionen zu verhindern, und stattdessen zu einem langfristigen diplomatischen Engagement übergehen, bei dem das Wohlergehen der Menschen an erster Stelle steht.

3. Die Rechte und die Würde von Migranten, Asylsuchenden und Flüchtlingen verteidigen

Schon vor dem Coronavirus befand sich die Welt in einer noch nie dagewesenen Krise der Vertreibung und Migration, die durch Kriege, Unterdrückung, Ungleichheit und Klimawandel angeheizt wurde. Die Coronavirus-Pandemie setzt Migranten, Asylsuchende, Flüchtlinge, Staatenlose, Immigranten und andere Gemeinschaften, die bereits unter dem bestehenden Status quo unterdrückt wurden, einem weiteren Risiko aus.

Die Trump-Administration hat die Krise genutzt, um erweiterte Verbote für Asylsuchende anzukündigen; die Verbote für Muslime und Afrikaner bleiben in Kraft; das UNHCR setzt die Neuansiedlung von Flüchtlingen aus; das ICE (Polizei- und Zollbehörde des Ministeriums für Innere Sicherheit) verhaftet weiterhin, während die USCIS (zentrale nationale Einwanderungs- und Ausländerbehörde der USA), die für die Bereitstellung legaler Aufenthaltswege zuständig ist, ihre Büros schliesst; und die Angst vor Abschiebung führt dazu, dass einige sich einer Behandlung entziehen.

Gerade in dieser Zeit der globalen Krise, in der klar ist, dass das globale Wohlergehen geteilt wird, müssen wir Fremdenfeindlichkeit und Entmenschlichung bekämpfen, das Recht auf Migration und Asyl respektieren und dafür sorgen, dass gefährdeten Gemeinschaften Sicherheit und Zuflucht gewährt werden. Gerechtigkeit für gefährdete Bevölkerungsgruppen zu schaffen, bedeutet auch, sich mit der Art und Weise auseinanderzusetzen, in der die US-Aussenpolitik die Vertreibung vorantreibt.

4. Fokus auf internationale Zusammenarbeit, nicht auf Wettbewerb

Die jahrzehntelange Behandlung ausländischer Staaten in erster Linie als Bedrohung der US-Macht hat unsere Fähigkeit zur Zusammenarbeit bei der Bewältigung gemeinsamer globaler Herausforderungen untergraben.

Donald Trump und seine Verbündeten haben auf eine tödliche globale Pandemie reagiert, indem sie eine fremdenfeindliche, nationalistische Agenda vorantreiben: Sie weigern sich, mit anderen Ländern zusammenzuarbeiten, machen Ausländer für den Ausbruch verantwortlich und drohen China. Ihre Hoffnung ist es, uns zu spalten, indem sie die schrecklichen Versäumnisse ihrer eigenen Politik nicht wahrnehmen.

Diese Krise zeigt, dass menschliche Sicherheit ein noch nie dagewesenes Mass an gerechter globaler Zusammenarbeit erfordert. Um dies zu erreichen, müssen wir unser Konkurrenzdenken beenden und unsere Instrumente der Diplomatie, des Multilateralismus und der Zusammenarbeit stärken.

5. Einen grünen New Deal abschliessen – jetzt

Das offensichtliche Versagen, auf diese Krise zu reagieren, macht deutlich, wie unvorbereitet wir auf die Herausforderung des Klimawandels sind. Dieses Versagen bietet aber auch die Chance für einen neuen Ansatz.

Angesichts der einbrechenden Aktienkurse, der Verlangsamung der Wirtschaft und der Arbeitnehmer in verzweifelter Not ist die Zeit reif für umfassende, kompromisslose Klimareformen, einschliesslich der öffentlichen Kontrolle von Schlüsselindustrien, massiver, auf die Menschen ausgerichteter öffentlicher Ausgaben und beispielloser universeller Sozialprogramme – ein Grüner New Deal.

Diesem innerstaatlichen Grünen New Deal muss ein vergleichbarer Globaler Grüner New Deal entgegengesetzt werden, der die Weltwirtschaft in eine gerechte, ausgewogene und nachhaltige Wirtschaft verwandelt. Nur eine solche transnationale, strukturelle Reform wird uns auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen von heute und morgen vorbereiten. *(Übersetzung aus dem Englischen: UW)*

Pandemie-Vorsorge à la USA: Schlange vor Waffengeschäft. Der Umsatz ist seit Februar um das vierfache gestiegen. Foto Twitter

Redaktionsschluss dieser Nummer: 25. März 2020

Kubanische Ärzte vor ihrem Abflug nach Mailand. Foto Oliver Zamora Oria/cubadebate.cu

Kubas Beitrag im Kampf gegen die Pandemie

Ein Heer der Solidarität

Diese Meldung schaffte es sogar in der Schweiz ins öffentlich-rechtliche Fernsehen: Kubanisches Gesundheitspersonal kommt der Virus-gebeutelten Lombardei zu Hilfe. Doch nicht nur in Norditalien sind kubanische Spezialistinnen und Spezialisten zur Zeit gefragter denn je.

Von Martin Schwander

Dass Kuba Ländern mit Fachkräften unter die Arme greift, die dort dringend benötigt werden, hat eine lange Tradition. Dabei stand die Karibikinsel beim Triumph der Revolution 1959 selbst vor einer desaströsen Situation: War die katastrophale Gesundheitsversorgung einer der Gründe, warum die Revolution in der Bevölkerung Kubas einen derart breiten Rückhalt hatte, verschärfte sich nach dem Sieg die Lage noch einmal dramatisch: Die Mehrheit der Ärzte zog es vor, der Oberschicht nach Miami zu folgen.

Die Aufgaben, vor die sich die revolutionäre Regierung gestellt sah, waren gewaltig: Landreformen, Bekämpfung des Analphabetentums, Wohnungsbau, Reform des Bildungswesens, Aufbau des Gesundheitswesens, Sicherung der Grundversorgung für alle, Kampf gegen Sabotageakte und die rasch zunehmende wirtschaftliche und politische Isolierung durch die USA...

So gigantisch diese Herausforderungen waren, so rasch zeigten sich Fortschritte, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitswesen. Die Erfolge der damaligen Alphabetisierungskampagne veranlasst noch heute zahlreiche Länder, sich bei der Bekämpfung von Lese- und Schreibschwäche der kubanischen Methode «Yo, si puedo» (Ja, ich kanns) zu bedienen.

Zügig kompensiert wurden in diesen ersten Jahren der siegreichen Revolution auch die Ausfälle und Lücken in spezialisierten Berufen, darunter privilegiert im Gesundheitswesen. Und zwar dergestalt, dass 1963, als das junge Algerien die kubanische Regierung um Hilfe ersuchte, eine erste Gesundheitsbrigade Kuba Richtung Nordafrika verlassen konnte. Bis dahin hatte die Revolution die Zahl der nach 1959 in Kuba verbliebenen Ärzte bereits versechsfacht.

Die 55 Mitarbeiter des kubanischen Gesundheitswesens waren die Pioniere einer Hilfestellung, die sich bald einmal in Angola, Äthiopien und Namibia und, nach dem Triumph der sandinistischen Revolution, auch in Nicaragua fortsetzen sollte.

Gefragte Fachleute

«Die Kubaner erinnern sich deutlich an die Heldentaten im Kampf gegen Ebola, gegen Erblindung in Lateinamerika und der Karibik, gegen Cholera in Haiti, an die Entsendung von Hilfskräften nach Naturkatatsrophen, Überschwemmungen und schweren Epidemien in Pakistan, Indonesien, Mexico, Ecuador, Peru, Chile und Venezuela», schreibt Norlando Rosendo in der Tageszeitung der kubanischen Jugend, «Juventud Rebelde». Insgesamt 420 000 kubanische Fachleute hätten in den vergangenen Jahrzehnten entsprechende Leistungen in 164 Ländern erbracht, unterstreicht Rosendo. «Mit der gleichen Geste der Solidarität und des Engagements wurden in Kuba bis anhin 35 613 Gesundheitsfachkräfte aus 138 Ländern kostenlos ausgebildet.»

Zur Zeit sind nahezu 30 000 Mitarbeitende des kubanischen Gesundheitswesens im internationalen Dienst tätig. Gefragt sind dieser Tage insbesondere die Spezialistinnen und Spezialisten der 2005 geschaffenen und 1 500 Mitglieder umfassenden «Henry Reeve-Brigade», die in der Vergangenheit in verschiedenen Katastrophengebieten im Einsatz standen und sich auch im Kampf gegen die Ebola-Epidemie in Afrika ausgezeichnet hatten.

Eindrückliche Zahlen

Benannt nach einem jungen Nordamerikaner, der 1876 auf der Seite der Kubaner im kubanischen Unabhängigkeitskrieg gefallen ist, sind jetzt Berater-Teams der Reeve-Brigade nach Venezuela und Nicaragua aufgebrochen, um die dortigen Regierungen in ihrem Kampf gegen die COVID-19-Pandemie zu unterstützen und die bereits anwesenden kubanischen Fachkräfte zu instruieren. Ihnen folgten Dutzende von Brigade-Mitgliedern nach Surinam, Grenada, Jamaika, Belize, Italien und zahlreichen andern Ländern. Mit der Gruppe von 52 Brigadistinnen und Brigadisten, die nun in Italien tätig sind, bekämpfe Kuba die Pandemie in 43 Ländern, wie der Direktor der Zentrale für medizinische Zusammenarbeit, Jorge Delgado Bustillo, vor der kubanischen Presse erklärte.

Ein Teil von ihnen war bis vor kurzem noch in Bolivien und Ecuador und bis 2018 auch in Brasilien tätig, bevor sie diese Länder auf Druck der USA verlassen mussten. In Ecuador beispielsweise hatten kubanische Gesundheitsfachkräfte zuvor 6 749 666 medizinische Konsultationen geleistet, 212 360 chirurgische Eingriffe, 3 548 Entbindungen und 100 084 Impfungen. In Bolivien standen beim Abbruch der Zusammenarbeit kubanische Ärzte aus 32 Fachgebieten im Dienst, die 73 330 447 Konsultationen angeboten, 1 529 301 chirurgische Eingriffe und 508 403 Augenoperationen durchgeführt, 22 221 Impfungen vorgenommen und an 60 640 Geburten teilgenommen hatten. Zwischen August 2013 und November 2018 schliesslich behandelte kubanisches Gesundheitspersonal in Brasilien 113 359 000 Patienten aus 3 600 Gemeinden und sorgten für die dauerhafte medizinische Versorgung von 60 Millionen Bewohnern.

«Es schmerzt uns immer noch, dass die Lakaienregierungen, die sich 2019 in Ecuador und Bolivien festgesetzt haben, die zwischenstaatlichen Abkommen annulierten und ihre Bevölkerung schutzlos zurückliessen», meint der kubanische Journalist Norlando Rosendo. «Wie 2018 in Brasilien benutzten sie dabei die vom Weissen Haus diktierten Konzepte, die uns der ‹modernen Sklaverei› und des ‹Menschenhandels› beschuldigen.»

Derartige Verleumdungen nerven und die Versuche der USA, kubanische Ärzte, die im Ausland tätig sind, mit grosszügigen Angeboten abzuwerben, empören. Ebenso wie die seit bald 60 Jahren andauernde Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade des nördlichen Nachbars, mit der das missliebige Beispiel einer unabhängigen, souveränen und selbstbestimmten Entwicklung erstickt werden soll.

Dankbare Kreuzfahrer

Kuba selbst hält dabei unbeirrt an seinen Errungenschaften fest. Und eine der Edelsten davon ist die praktizierte Solidarität, die sich gerade angesichts der weltweiten Corona-Krise wohltuend abhebt vom Ego-Kurs des «rette sich wer kann», den einige Staatengruppen gerade wieder fahren. Am eigenen Leibe erleben durften dies Mitte März die 682 vorwiegend britischen Touristen und 381 Besatzungsmitglieder, die auf dem britischen Kreuzfahrtschiff MS Braemar während Tagen in der Karibik festsassen. Eine kleine Anzahl der Passagiere hatte sich mit dem Corona-Virus angesteckt und benötigte dringend spezialsierte Hilfe, doch sämtliche angepeilten Häfen von Florida bis zu den notabene Commonwealth-Mitgliedern der Region verweigerten dem Hochseeschiff die Anlege-Erlaubnis.

Blieb als einzige Hoffnung Kuba, das sofort grünes Licht fürs Andocken gab und in einer aufwändigen Aktion auch dafür sorgte, dass sämtliche Passagiere und Mannschaftsmitglieder nach Eintreffen britischer Chartermaschinen sicher vom Hafen Mariel in die Flugzeuge gebracht werden konnten.

«Könnten alle meine Freunde ein Glas auf Kuba erheben und sich daran erinnern, dass Kuba vortrat, als niemand anderes uns von Bord lassen wollte?», schrieb die 68-jährige Britin Anthea Guthrie, die mit Passagieren aus 11 Ländern auf dem Schiff blockiert gewesen war, auf Facebook. An die kubanische Bevölkerung gerichtet meinte sie: «Ehrlich gesagt, bin ich voller Tränen angesichts Ihrer Freundlichkeit. Sie haben uns das Gefühl gegeben, nicht nur geduldet, sondern auch willkommen zu sein. Danke Kuba, dass es uns sein Herz geöffnet hat, wir werden nie vergessen, dass es uns geantwortet hat, als absolut niemand, und ich möchte sagen, dass NIEMAND SONST dies getan hätte. Danke, danke, danke.»

Kubanische Medikamente

Kuba, das bei Redaktionsschluss selbst 57 COVID-19-Fälle verzeichnet und mittlerweile seine Grenzen für den Tourismus geschlossen hat, darf berechtigte Hoffnung setzen auf zwei Medikamente, die zur Zeit in China intensiv getestet und zur Stärkung der Immunabwehr eingesetzt werden. Das eine dieser Medimamente, das «Interferon Alfa 2B Humano Recombinante», ist die Variante eines Arzneimittels, das vom chinesisch-kubanischen Pharmaunternehmen Changchun Heber in China mithilfe kubanischer Technologie bereits seit dem Jahr 2007 gegen verschiedene virusbedingte Krankheiten hergestellt wird. Die Vizedirektorin des kubanischen Zentrums für Genetik und Biotechnologie (CIGB), Marta Ayala Ávila, erklärte gegenüber der Presse, dass das neue Interferon als Inhalationsspray verabreicht wird. Das sei der kürzeste Weg, um in die Lunge zu gelangen und in der frühen Phase der vom Corona-Virus ausgelösten Atemwegserkrankung COVID-19 zu wirken.

Sanktionen aufheben

Behindert wird die weitere Arbeit an solch bahnbrechenden Medikamenten durch die Politik der Sanktionen, auf welche die USA, Grossbritannien und die EU zur politischen Erpressung und Machterhaltung immer wieder zurückgreifen und dabei, etwa im Fall von Iran, kaltschnäuzig den Tod tausender von Menschen in Kauf nehmen. In einem Brief forderte UNO-Generalsekretär Antonio Guterres am 25. März die Staats- und Regierungschefs der G-20 deshalb auf, von Sanktionen gegen andere Länder Abstand zu nehmen, «Dies ist die Zeit der Solidarität und nicht der Ausgrenzung», fügte der Generalsekretär hinzu.

Am Tag zuvor hatten sich in London bereits kubanische Bürgerinnen und Bürger mit Wohnsitz in Europa an die Regierungschefs der EU gewandt. In ihrem Schreiben fordern sie die EU auf, sich bei der US-Regierung für eine Aufhebung der Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade, die am 2. Februar 1962 gegen Kuba verhängt wurde, einzusetzen.

«Wie alle anderen Länder muss Kuba immense Ressourcen mobilisieren, um der Pandemie SARS-Covid 19 entgegenzutreten. Um diese Krankheit zu überwinden, muss unser Land dringend sein gesamtes wirtschaftliches Potenzial entwickeln und stösst dabei auf unzählige Hindernisse, die die Regierung der Vereinigten Staaten sowohl kubanischen als auch ausländischen Unternehmen, die mit Kuba Geschäfte machen wollen, auferlegt. Kuba muss Treibstoff, Nahrungsmittel und Medikamente für unser Volk kaufen.» Unter den gegenwärtigen Bedingungen sei es doppelt genozidal, diese politische Belagerung Kubas aufrechtzuerhalten, heisst es in dem Schreiben.

Unter *www.cubanos.org.uk* kann eine Petition unterzeichnet werden, die die Forderungen der Diaspora unterstützt.

Ärzte statt Bomben

Unser Land, wirft weder Bomben gegen andere Völker, noch schickt es Tausende Flugzeuge um Städte zu bombardieren; unser Land besitzt weder Nuklear-, noch chemische, noch biologische Waffen. Abertausende unserer Wissenschaftler und Ärzte sind dazu erzogen worden, Menschenleben zu retten. Es stünde in absolutem Widerspruch zu ihrer Haltung, sich mit der Herstellung von Stoffen, Bakterien oder Viren zu beschäftigen, die anderen Menschen den Tod verursachen können.

Es gab sogar Berichte, Kuba betreibe Forschungen über biologische Waffen. In unserem Land wird geforscht, um so grausame Krankheiten wie die Menningokokken-Meningitis und Hepatitis mit gentechnischen Impfstoffen, oder, was von grösster Bedeutung ist, durch die Suche nach Impfstoffen oder therapeutischen Formeln mittels molekularer Immunologie zu heilen. Das ist der Stolz unserer Ärzte und unserer Forschungszentren.

Zehntausende kubanischer Ärzte haben an den entlegensten und unwirtlichsten Orten internationalistische Dienste geleistet. Ich habe einst gesagt, dass wir Präventiv- und Überraschungsangriffe gegen irgendeine finstere Ecke der Welt weder durchführen könnten noch würden, sondern dass unser Land stattdessen in der Lage sei, die notwendigen Ärzte in die finstersten Ecken der Welt zu schicken. Ärzte statt Bomben, Ärzte statt «intelligente» Waffen.

Fidel Castro

Rede vor der Rechtsfakultät der Universität von Buenos Aires, 26. Mai 2003

carteles cubanos
por la paz y contra la guerra
affiches cubaines
pour la paix et contre la guerre
kubanische plakate
gegen den krieg und für den frieden

Vierfarbige Broschüre,
48 Seiten im Format A4. Reich illustriert.
Texte spanisch, deutsch und französisch.
Dazu 20 lose Poster im Format A3.

Gesamtpreis inkl. Versand: Fr. 20.–

Bestellung über
061 681 03 63 resp. sfb@bluewin.ch

Vereinigung Schweiz-Cuba VSC | Schweizerische Friedensbewegung SFB

70 Jahre Stockholmer Appell

Hölle und Vernunft

Anlässlich des 70. Jahrestages der Lancierung des Stockholmer Appells schreibt die Französische Friedensbewegung:

Am 19. März 1950 erliess der Weltfriedensrat auf seiner Tagung in Stockholm folgenden Appell:

«Wir fordern das absolute Verbot der Atomwaffe als einer Waffe des Schreckens und der Massenvernichtung der Bevölkerung.

Wir fordern die Einrichtung einer strengen internationalen Kontrolle, um die Durchführung des Verbots zu sichern.

Wir sind der Ansicht, dass die Regierung, die als erste die Atomwaffe gegen irgendein Land benutzt, ein Verbrechen gegen die Menschheit begeht und als Kriegsverbrecher zu behandeln ist.

Wir rufen alle Menschen der Welt, die guten Willens sind, auf, diesen Appell zu unterzeichnen».

Diese Forderung nach einem absoluten Verbot von Atomwaffen wurde weltweit durch Hunderte von Millionen von Unterschriften unterstützt.

In 70 Jahren haben wir viele Schlachten gegen Massenvernichtungswaffen gewonnen: 1972 verbotene biologische Waffen, 1993 verbotene chemische Waffen, fünf Verträge zur Schaffung von nuklearwaffenfreien Zonen zwischen 1959 und 1996, das Inkrafttreten des Atomwaffensperrvertrags (NPT) 1970, das Inkrafttreten des umfassenden Atomteststoppvertrags (CTBT) 1996 und die Annahme des TPNW (Atomwaffenverbotsvertrag) 2017 bei den Vereinten Nationen.

Dies sind konkrete Ergebnisse, die nicht zuletzt diesem Aufruf, der seither die Aktionen der Friedensbewegung inspiriert hat, zuzuschreiben sind. Wir sind nun in der Lage, den Kampf um das Inkrafttreten des TPNW und seine Umsetzung im Jahr 2020/2021 zu gewinnen, was den Beginn der endgültigen Abschaffung der Atomwaffen ermöglicht.

Der Mensch ist für die Schaffung von Atomwaffen voll verantwortlich. Er hat die Pflicht, ihre Beseitigung zu erreichen.

Deshalb bekräftigen wir 70 Jahre nach dem Stockholmer Appell die Dringlichkeit der Beseitigung jener gefährlichen, unmenschlichen, abscheulichen, illegalen und kostspieligen Waffen, die die Existenz der Menschheit bedrohen.

Wir bekräftigen, dass ihre Beseitigung ein gemeinsames Bedürfnis der gesamten Menschheit und ein wesentlicher Schritt ist, um die Sicherheit und das Wohlergehen aller Völker zu fördern und eine Kultur des Friedens zu entwickeln, die notwendig ist, um das grundlegende Streben der Völker nach einem Leben in Frieden zu befriedigen und eine Zivilisation des Friedens aufzubauen, welche Gesundheit, ökologische und wirtschaftliche Sicherheit für die gesamte Menschheit in einer vernetzten Welt gewährleistet.

Die Abschaffung der Atomwaffen würde es ermöglichen, die dringend benötigten Mittel für alles, was mit der Gesundheitsvorsorge zusammenhängt (WHO, Krankenhäuser usw.) aufzustocken und die Militärbudgets, die zu unserer Unsicherheit beitragen, zu reduzieren.

Die Menschenrechtsbeauftragte der Vereinten Nationen und der UNO-Hochkommissar für Flüchtlinge, Michelle Bachelet und Filippo Grandi, sagen: «Covid-19 ist ein Test nicht nur für unsere Gesundheitssysteme und unsere Reaktionsmechanismen auf Infektionskrankheiten, sondern auch für unsere Fähigkeit, als Gemeinschaft von Nationen angesichts einer gemeinsamen Herausforderung zusammenzuarbeiten.»

Sollten wir an diesem 70. Jahrestag des berühmtesten Appells der Welt nicht hinzufügen, dass eine Welt ohne 16 000 Atombomben ein Bekenntnis zu den wesentlichen Werten des Lebens wäre?

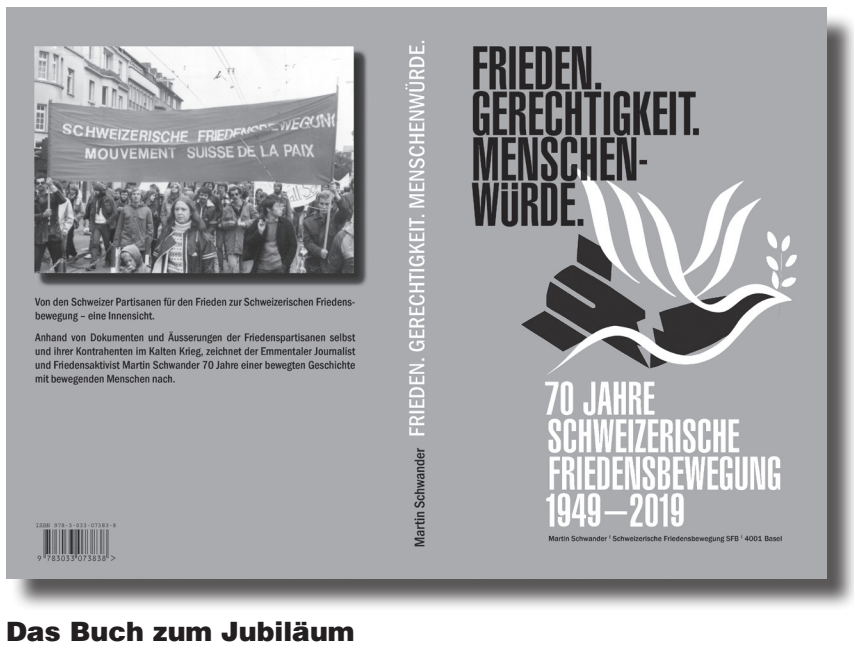
(...) Auf globaler Ebene hat sich eine riesige Front für die Abschaffung von Atomwaffen gebildet: 122 Staaten, darunter der Vatikan, die UNO, das Internationale Rote Kreuz, alle Gewerkschaften der Welt, ein weltweites Netzwerk von Bürgermeistern für den Frieden, Tausende von Vereinigungen und Netzwerken in der ganzen Welt, die ICAN-Kampagne (Nobelpreis 2017).

Jeder ist in seinem Land dafür verantwortlich, sich für die Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrags einzusetzen, um schliesslich alle Staaten dazu zu bewegen, den TPNW zu ratifizieren und anzuwenden, der in Kraft tritt, sobald er von 50 Staaten (36 haben dies bis zum 25. März 2020 getan) ratifiziert wurde.

Wie Albert Camus am 8. August 1945 in Combat sagte: «Es ist kein Gebet mehr, sondern ein Befehl, der vom Volk zu den Regierungen aufsteigen muss, der Befehl, endgültig zwischen Hölle und Vernunft zu wählen».

Wir haben die Pflicht zu handeln und die Macht, die Beseitigung der Atomwaffen zu gewinnen!

Quelle: mvtpaix.org; Übersetzung aus dem Französischen: UW



Das Buch zum Jubiläum

Martin Schwander, Frieden. Gerechtigkeit. Menschenwürde. 70 Jahre Schweizerische Friedensbewegung 1949 – 2019, Verlag SFB, Basel 2019. Paperback, 464 Seiten, illustriert. Fr. 28.– plus Porto. Bestellungen bei Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel Telefon: 061 261 02 89, Mail: buecher-waser@bluewin.ch

Wie weiland Charlie Chaplin als der grosse Diktator. Foto wikipedia/Montage UW

Weisses Haus und IWF als erste infiziert

Das dunkle Imperium

Kriege, Wirtschaftskrisen, Naturkatastrophen und Pandemien sind katastrophale Ereignisse, die das Schlimmste und Beste in den Menschen – sowohl in den Führern als auch in den einfachen Menschen – und auch in den sozialen Akteuren und Institutionen zum Vorschein bringen.

Von Prof. Atilio Borón

Kriege, Wirtschaftskrisen, Naturkatastrophen und Pandemien sind katastrophale Ereignisse, die das Schlimmste und Beste in den Menschen – sowohl in den Führern als auch in den einfachen Menschen – und auch in den sozialen Akteuren und Institutionen zum Vorschein bringen. Gerade unter solch widrigen Umständen lösen sich schöne Worte in Luft auf und führen zu konkreten Handlungen und Verhaltensweisen. Vor Tagen hat der Präsident Serbiens, Aleksandar Vucic, praktisch unter Tränen, vor den Kameras den grossen Betrug der «europäischen Solidarität» angeprangert. So etwas existiere nicht, sagte Vucic, es sei eine Märchengeschichte für Kinder, ein nutzloses Papier. Anschliessend dankte er der Volksrepublik China für ihre Zusammenarbeit. Und er hatte Recht mit seiner Beschwerde. Von Lateinamerika aus warnen wir schon lange davor, dass die Europäische Union ein kleinlicher Schwindel ist, der vor allem Deutschland durch seine Kontrolle der Europäischen Zentralbank (EZB) und mit dem Euro die Länder der Eurozone den Launen – oder Interessen – Berlins unterwerfen soll. Die zögerliche erste Reaktion der EZB auf das ausserordentliche Hilfeersuchen Italiens bei der Bewältigung der Pandemie, die die Halbinsel verwüstet, zeigte einige Stunden lang, was der serbische Staatschef angeprangert hatte. Ein «unverschämtes Jeder für sich selbst», das die versüsste Rhetorik über das «Europa der Bürger», über das «eine und vielfältige Europa» und anderes solches Geschwafel zunichte macht. Ein Kindermärchen, wie Vucic sagte.

Dasselbe und noch mehr gilt für die Gangsterbande, die sich mit Donald Trump im Weissen Haus niedergelassen hat und angesichts eines stark von der Pandemie betroffenen Irans nur daran denkt, die Wirtschaftssanktionen gegen Teheran zu verschärfen. Und kein Anzeichen dafür, dass Trump seine völkermörderische Politik der Blockade Kubas und Venezuelas revidieren würde. Während Kuba, die zur internationalen Solidarität gewordene Nation, den britischen Touristen half, die auf ihrem Kreuzfahrtschiff Braemer in der Karibik festsassen, schickte Washington 30 000 Soldaten nach Europa. Und seine Bürger, ermutigt durch ihren «Chef», stellen sich in die Schlange um die Epidemie mit dem Kauf von Waffen zu bekämpfen! Es gibt nichts mehr zu argumentieren.

Seinen Schirmherrschern treu, hat der Internationale Währungsfonds zum x-ten Mal gezeigt, dass er einer der Brennpunkte der moralischen Fäulnis des Planeten ist und dass seine Tage, wenn diese Pandemie vorbei ist, sicherlich gezählt sein werden. In einer Entscheidung, die ihn in die Kanalisation der Geschichte stürzt, lehnte der IWF einen Antrag auf 5 Milliarden Dollar ab, den die Regierung von Nicolás Maduro gestellt hatte, indem sie sich auf die Schnellfinanzierungsfazilität (RFF) berief, die speziell geschaffen wurde, um den vom COVID-19 betroffenen Ländern zu helfen. Die Begründung für die Ablehnung des Antrags sprengt den Rahmen der Legalität, denn sie besagt wortwörtlich, dass «die Verpflichtung des IWF gegenüber den Mitgliedsländern auf der offiziellen Anerkennung der Regierung durch die internationale Gemeinschaft beruht, die sich in der Mitgliedschaft im IWF widerspiegelt. Es gibt keine Klarheit über die Anerkennung zu dieser Zeit». Zwei Anmerkungen zu diesem kläglichen Ausbruch: Erstens ist die Bolivarische Republik Venezuela auch heute noch auf der Website des IWF als Mitgliedsland aufgeführt. Die Klarheit «über die Anerkennung» ist also überwältigend und absolut. Das reicht natürlich nicht aus, die Tatsache zu verbergen, dass Caracas die Hilfe aus trivialen politischen Gründen verweigert wird. Zweitens: Seit wann hängt die Anerkennung einer Regierung von der unverbindlichen Meinung einer selbsternannten internationalen Gemeinschaft ab und nicht von den Organen, die sie institutionalisieren, wie z.B. dem System der Vereinten Nationen? Venezuela ist Mitglied der UNO, eines der 51 Länder, die die Organisation 1945 gegründet haben, und Mitglied mehrerer ihrer Fachkommissionen. Die berühmte «internationale Gemeinschaft», die von Leuten wie Trump, Piñera, Duque, Lenín Moreno und anderen ihrer Art erwähnt wird, um Venezuela zu schikanieren, ist eine grobe Fiktion, wie Juan Guaidó, der von den 193 Ländern, aus denen die Vereinten Nationen bestehen, nicht einmal 50 Länder um sich zu scharen vermag.

Daher haben die tieferen Gründe für diese Weigerung nichts mit dem zu tun, was der IWF-Sprecher sagte, sondern sind dieselben, die auch das absurde Darlehen von 56 Milliarden Dollar erklären, das der korrupten Regierung von Mauricio Macri gewährt wurde und das hauptsächlich dazu diente, die Kapitalflucht in die Steuerparadiese zu erleichtern, die die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Partner in der ganzen Welt verstreut haben. Ich hoffe inständig, dass die Pandemie (die auch wirtschaftlich ist) und die Katastrophe des Macri-Kredits zu den beiden grimmigen Totengräber einer Institution wie des IWF werden, der seit seiner Gründung 1944 mit seinen Empfehlungen und Bedingungen Hunderte von Millionen von Menschen in Hunger, Armut, Krankheit und Tod gestürzt hat. Tiefere Gründe, wie wir sagten, die sich letztlich auf etwas sehr Einfaches beziehen: Der IWF ist nichts anderes als ein fügsames Instrument des Weissen Hauses und tut das, was sein jeweiliger Pächter ihm sagt. Trump will Venezuela ersticken, und der Fonds macht seine Hausaufgaben.

Einige werden mir vorwerfen, dass diese Interpretation das Ergebnis eines paranoiden Anti-Imperialismus ist. Deshalb habe ich es mir zur Gewohnheit gemacht, immer mehr auf das zurückzugreifen, was meine Gegner sagen, um meine Ansichten zu verteidigen und den halbanalphabetischen und reaktionären rechten Flügel, der in diesen Breitengraden gedeiht, zu entwaffnen. Lassen Sie uns lesen, was Zbigniew Brzezinski in Bezug auf den IWF und die Weltbank vor etwas mehr als zwanzig Jahren in einem klassischen Text und einem der Bücher schrieb, die bei mir auf dem Nachttisch liegen: «Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft». Zu den internationalen Bündnissen und Institutionen, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden sind, sagte er: «Als Teil des amerikanischen Systems muss ausserdem das weltweite Netz von Sonderorganisationen, allen voran die internationalen Finanzinstitutionen, betrachtet werden. Offiziell vertreten der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank globale Interessen und tragen weltweit Verantwortung. In Wirklichkeit werden sie jedoch von den USA dominiert, die sie mit der Konferenz von Bretton Woods im Jahre 1944 aus der Taufe hoben.» (Fischer Taschenbuch, 2001, Seite 49).

Was soll man da noch sagen? Brzezinski war ein wütender Antikommunist und Antimarxist. Aber als grosser Stratege des Imperiums musste er die harten Fakten der Realität erkennen, sonst wären seine Ratschläge reiner Unsinn. Und was er gesagt und geschrieben hat, ist nicht zu beanstanden.

Ich schliesse mit meiner Zuversicht, dass Kuba und Venezuela, ihre Völker und ihre Regierungen siegreich aus dieser sehr harten Belastungsprobe hervorgehen werden Sie sind ihr ausgesetzt durch die Unmoral und Arroganz eines Weltdiktators, der meint, er habe das Recht, in diesem Fall durch den IWF, jedem vorzuschreiben, was er tun, denken und sagen soll. Es wird nicht lange dauern, bis die Geschichte ihm eine unvergessliche Lektion erteilt, ihm und seinen regionalen Lakaien.

Atilio A. Borón ist Harvard-Professor für politische Theorie an der Universität Buenos Aires und war Exekutivsekretär des Lateinamerikanischen Rates für Sozialwissenschaften (CLACSO). Als Analytiker, Schriftsteller und Journalist hat er eine Vielzahl von Büchern und Artikeln über politische Theorie und Philosophie, Sozialtheorie und vergleichende Studien über die kapitalistische Entwicklung in der Peripherie veröffentlicht.

Quelle: atilioboron.com.ar; Übersetzung aus dem Spanischen: UW

«Über 2000 Schülerinnen und Schüler folgten dem ‹Streikaufruf› und demonstrierten für den Frieden, hier auf dem Messeplatz in Basel. Weltweit sollen etwa 100 000 mitgemacht haben», schreibt die Basellandschaftliche Zeitung (BZ) am 18. September 1996 in ihrer Fotolegende. (Foto Briner/BZ)

Jugendliche Lust am Frieden

Streik dem Krieg

Die vielen Initiativen zur Rettung unseres Klimas, die uns alle im vergangenen Jahr inspiriert und zuversichtlich gestimmt haben, müssen pausieren oder andere Ausdrucksformen finden: In der gegenwärtigen Viren-Krise verbieten sich Aktionen, wie sie die Klimajugend 2019 derart phantasievoll ins Szene gesetzt hat. Für uns Gelegenheit, an eine ähnliche Bewegung zu erinnern, die vor 24 Jahren Schlagzeilen machte und die ebenfalls von Jugendlichen ausgegangen ist: der Schulstreik für den Frieden. Bemerkenswert daran: Was wir als Friedensbewegung heute etwa beklagen, nämlich dass die Klimabewegung den militärischen Komplex ausklammert, war für die Initianten von damals selbstverständlich – zur ökologischen Rettung unseres Planeten braucht es die Abrüstung.

Wir dokumentieren dazu einen Artikel unseres Redaktors Martin Schwander, den wir im September 1996 in unserer Zeitung unter obigem Titel publiziert haben.

Von Martin Schwander

Tausende von Schülerinnen und Schülern sind am 17. September alleine in der Schweiz auf die Strasse gegangen oder haben sich in Parks, in Schulhäusern und Freizeitzentren an lustvollen und kreativen Festen für den Frieden beteiligt. Ähnliches ereignete sich in einem guten Dutzend anderer Länder. Aufgerufen zum internationalen Schülerstreik für eine friedlichere Welt hatte die Globale Initiative für die Rettung unseres Planeten, die vor einem Jahr von ein paar Jugendlichen aus dem Seeland aus der Taufe gehoben wurde.

Unser Land hatte schon einige grosse Kundgebungen gegen die Kriegstreiberei, gegen nukleare Aufrüstung, gegen A Bomben-Tests, für ein friedliches Miteinander und Füreinander der Völker erlebt. Solche Kundgebungen konzentrierten sich jedoch meist auf Städte wie Bern, Basel, Zürich und Genf. Jetzt war es Jugendlichen vorbehalten, für einmal aus diesem Schema auszubrechen und in einer konzertierten Aktion die Schweiz flächendeckend aufzurütteln. So erreichten uns nach diesem denkwürdigen 17. September erstaunliche Bilder und Berichte: vom Berner Oberland bis ins Wallis, vom Bieler- bis zum Bodensee drückten Schülerinnen und Schüler für einmal nicht die Schulbank, sondern ihre Sorgen um den Zustand dieser Welt aus.

Im kleinen Berner Dörfchen Riggisberg zum Beispiel versammelten sich über 100 Jugendliche, unterstützt von ihrer Lehrerschaft, auf dem Pausenplatz, bemalten Leintücher, zeichneten Comix und diskutierten vor Informationswänden über die unheilvollen Waffenarsenale, während andere im Dorf Unterschriften unter die «Globale Initiative für sofortige Abrüstung aller Länder zum Zweck der ökologischen Rettung unseres Planeten» sammelten, welche vom UNO-Sicherheitsrat die Verschrottung sämtlicher Waffen bis zum Jahre 1998 einfordert.

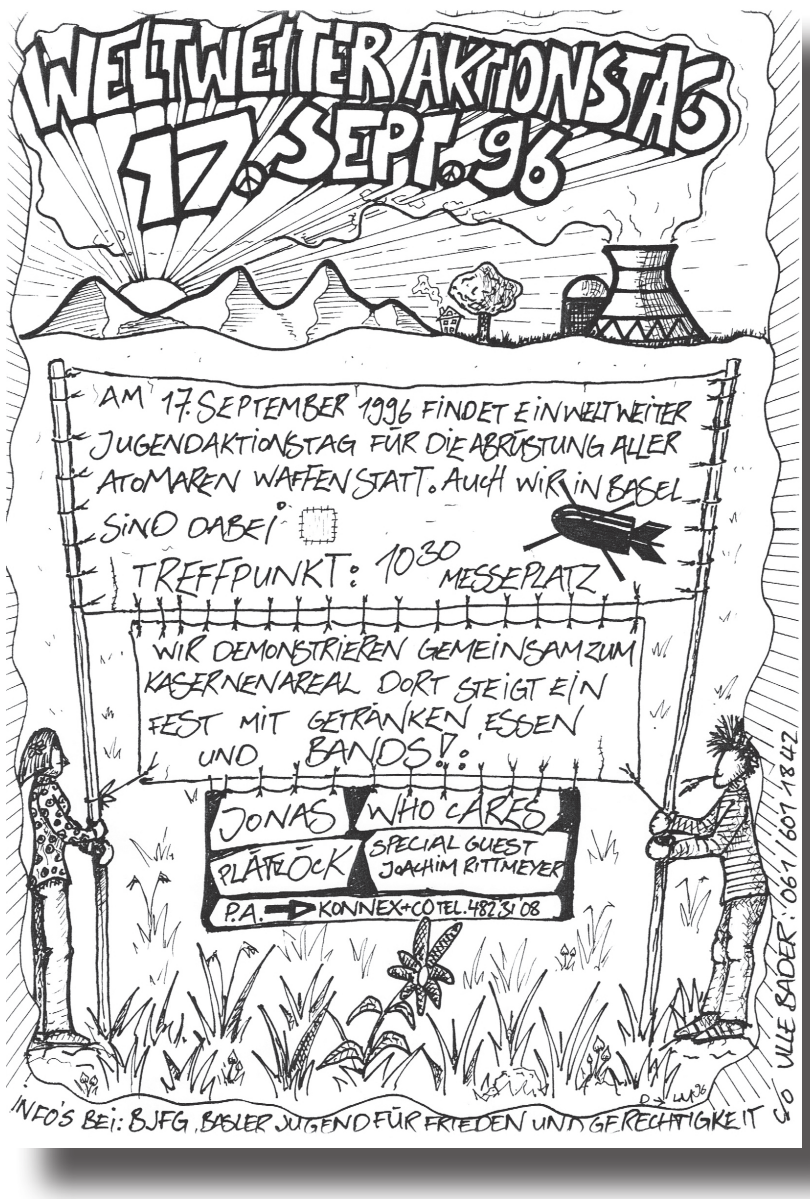
In Brig waren es über tausend Schülerinnen und Schüler, die sich unter Glockengeläut der Kirchen durch die Strassen der Walliser Stadt auf den Sebastiansplatz zubewegten, wo sie eine Lastwagenmulde voll Unrat erwartete, den einige von ihnen zuvor entlang des Rottenufers eingesammelt hatten: die Bedrohung des blauen Planeten ist vielfältig. Aber auch ihre Forderung nach Frieden unterstrichen die Anwesenden eindrücklich: «Tausend farbige Ballone liess man in den stahlblauen Herbsthimmel steigen», schreibt der «Walliser Bote», der den Anliegen der Jugendlichen in vorbildlicher Weise gleich mehrere Seiten widmete. «Danach war das Schweigen vorüber und die Ruhe wich spontan angestimmten Liedern der Schülerinnen und Schüler. Mit Songs wie ‹Heal the World›, ‹We are the World› oder ‹Ein bisschen Frieden› setzten diese einen weiteren Höhepunkt und gleichzeitig auch den Schlusspunkt unter einen schönen und würdigen Schul- und Jugendstreik». Einen Schweigemarsch von 700 Jugendlichen der Orientierungs- und Primarschulen erlebte auch das Walliser Städtchen Naters.

Ob in Münchenstein oder in Lausanne, in Basel, Solothurn, Freiburg oder in Biel, überall wurde an die Eigenverantwortung der Jugendlichen für ihre Mitwelt appelliert und betont, dass sie nicht in einer Welt gross werden möchten, wie sie ihnen von den Erwachsenen überlassen zu werden droht. «Die Erwachsenen haben ihre Augen zu lange geschlossen», hiess es etwa in der Turnhalle von Münchenstein, wo sich 350 Schülerinnen und Schüler versammelt hatten. «Wir sollten sie jetzt öffnen.»

Während die Medien anderswo in der Schweiz den Aktionen einen breiten Platz einräumten, reichte es in der «Basler Zeitung» zunächst gerade nur für eine knappe Meldung der Depeschenagentur. Dass sich auch in der Stadt Basel selbst auf Initiative der «Basler Jugend für Frieden und Gerechtigkeit» über 2000 Jugendliche nach einer Kundgebung zu einem grossen Fest mit Musik und Essen auf dem Kasernenareal einfanden, erfuhren die Leserinnen und Leser dieser Monopolzeitung in wenigen Zeilen erst nach Protest. Ähnlich unterschiedlich auch die Reaktionen der Erziehungsbehörden. Während in Basel-Stadt etwa das Erziehungsdepartement offiziell grünes Licht für die Aktionen gab und sich die lokalen Schulbehörden überall hinter die Anliegen ihrer Schülerinnen und Schüler stellten, meinte der Berner Erziehungsdirektor Peter Schmid (FdP) in seiner gewohnt kleinlichen Bürokratenart: «Ich hätte solche Streiks nicht bewilligt» – hätte er davon gewusst. Hat er aber nicht.

Von den Initiantinnen und Initianten des Schulstreiks für den Frieden, die in Biel selbst ebenfalls an die 1000 Jugendliche um sich versammeln konnten, wird der 17. September als Erfolg gewertet. «Immer wieder erreichen uns Berichte über Aktionen, von denen wir überhaupt nichts gewusst hatten», meinte eine glückliche aber vom Medienrummel auch etwas müde Franziska Schutzbach Ende November an einem Treffen der Globalen Initiative mit unterstützenden Organisationen. An diesem Treffen wurde eine Einengung der Aktionen auf eindimensionale Themen wie zum Beispiel kollektive Dienstverweigerung von den Jugendlichen abgewehrt; der bunte, kreativen Ideen breiten Raum gewährende Charakter der Initiative soll beibehalten werden.

(Quelle: UW 3/September 1996)



Flugblatt der «Basler Jugend für Frieden und Gerechtigkeit» von 1996. (Archiv SFB)

Schweizerische Friedensbewegung SFB

Jahrestagung 2020

Samstag, 27. Juni 2020, 17.00 Uhr
Vorgesehen: Restaurant Rebhaus (Saal)
Riehentorstr. 11, Basel (nahe Wettsteinplatz)
(Bitte lassen Sie sich zeitnah auf der Webseite *friedensbewegung.ch* den Versammlungsort bestätigen)

Traktanden:
Jahresberichte: Sekretariat • Redaktion • Finanzen
Wahl des Vorstandes • Ausblick und Anregungen
Anschliessend gemeinsames Abendessen.
Die Jahresversammlung ist wie immer öffentlich.
Interessierte sind herzlich willkommen!

Falls Sie Mitglied der SFB werden wollen (und es nicht schon sind), können Sie den untenstehenden Talon verwenden.

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail (fak.): _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

❑ Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
❑ Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
❑ Ich möchte ein Probeabonnement der UW
❑ Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum:_____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch

Vulgäre Lügen

Nur wenige Stunden nach dem Aufruf von UNO-Generalsekretär Antonio Guterres, angesichts der Corona-Krise wirtschaftliche und politische Sanktionen auszusetzen, zogen die USA die Schraube insbesondere gegen Venezuela ein weiteres Mal an. Verschiedene schweizerische Solidaritätsorganisationen, darunter die Schweizerische Friedensbewegung, haben dagegen am 27. März scharf protestiert. In einem gemeinsamen Communiqué, das uns nach Redaktionsschluss gerade noch erreichte, heisst es u.a.:

Mitten in der Coronavirus-Pandemie, während die Welt geradezu nach Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und ihren Völkern schreit, greift das US-Aussenministerium die Bolivarische Republik Venezuela und ihre wichtigsten Behörden mit den vulgärsten Lügen an.

Die widerwärtigen und unwürdigen Anschuldigungen, die gegen das venezolanische Staatsoberhaupt, Präsident Nicolás Maduro Moros, einige Mitglieder seines Kabinetts und Vertreter anderer venezolanischer Behörden erhoben wurden, sind eine beschämende Wiederholung der Verachtung, die Donald Trump und die Unternehmen der Vereinigten Staaten für die Souveränität, die Selbstbestimmung, den Respekt vor dem Gesetz und die Würde der Nationen empfinden. Venezuela, seine bolivarische Regierung und sein mutiges Volk werden durch eine solche Infamie nicht geschwächt, im Gegenteil, sie werden gestärkt und all den Lügen, die vom hauptsächlichsten Förderer von Drogenhandel und Terrorismus in der Welt stammen, mit der Wahrheit begegnen.

Wir sind sicher, dass diese neue Aggression der Regierung der Vereinigten Staaten scheitern wird, so wie alle ihre Versuche gescheitert sind, den Frieden in Venezuela zu destabilisieren und einen Regierungswechsel mit Gewalt zu fördern.

Statt die Kräfte zu bündeln, um den Planeten vor der schrecklichen Gesundheitskrise zu retten, die er durchmacht, agiert das Weisse Haus im besten Stil von Gangstern und Schlägern. Angesichts seiner neuen, abscheulichen und feigen Maskerade kann das Heimatland von Bolívar und Chavez auf die weltweite Solidarität der Völker zählen.

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, erheben unsere Stimme, um diese neuen Gewaltakt gegen Venezuela anzuprangern und abzulehnen und unsere Solidarität mit Präsident Nicolas Maduro, mit der Bolivarischen Revolution und mit dem mutigen venezolanischen Volk zu bekräftigen.

Nein zur imperialistischen Einmischung in Venezuela!

Alle vereint zur Verteidigung des Friedens!

Mahnwache für Julian Assange vor der UNO: Mitglieder von Alba Suiza demonstrieren am 19. Dezember 2019 in Genf, auf der Place des Nations. Foto albasuiza

Auslieferungsverfahren gegen Julian Assange

Eskalation des US-Terrorkriegs

Julian Assange, Gründer von WikiLeaks, kämpft zur Zeit vor dem Woolwich Crown Court im Südosten Londons gegen seine Auslieferung an die USA (siehe auch UW 1/2020). Für die gebürtige Japanerin und US-amerikanische Psychologin und Essayistin Nozomi Hayase steht in London nicht nur der australische Journalist vor Gericht, sondern die Freiheit der Presse an sich.

Von Nozomi Hayase

US-Bezirksrichter Anthony Trenga hat Chelsea Manning aus der Haft entlassen, nachdem er zu dem Schluss gekommen war, die Grand Jury, vor die sie zur Aussage vorgeladen worden war, habe nach ihrer Auflösung keine Verwendung mehr für die Whistleblowerin. Manning war wegen ihrer Weigerung, vor der Grand Jury gegen Julian Assange auszusagen, zuvor in Beugehaft genommen worden.

Die Freilassung von Manning erfolgte, nachdem die US-Regierung versucht hatte, sie bis zum Selbstmord zu brechen. Nils Melzer, der UN-Sonderberichterstatter für Folter, schrieb Ende letzten Jahres einen Brief an die US-Regierung, in dem er darauf hinwies, dass die Inhaftierung Mannings einer Folter gleichkommt. Ihr Widerstand ist ein Teil des Krieges der US-Regierung gegen die freie Presse, der sich gegen den WikiLeaks-Verleger Julian Assange richtet.

Assange wurde nach dem Spionagegesetz angeklagt, weil er geheime Dokumente veröffentlicht hat, die die US-Kriegsverbrechen im Irak und in Afghanistan aufgedeckt haben. Diese Anklage wird von Gruppen, die sich für Redefreiheit einsetzen, als ein beispielloser Angriff auf den Ersten Verfassungszusatz anerkannt. In der ersten Woche der britischen Anhörung des US-Auslieferungsersuchens an Assange im Februar wurde ein Ausmass dieses «Krieges» deutlich, das weit über die Pressefreiheit hinausgeht. Was sich innerhalb des Woolwich Crown Court im Südosten Londons abspielte, war ein Zeichen für ein gefährliches Abgleiten in den Faschismus.

Schuldig ohne Prozess

Die Ausführungen von Richterin Baraitser zum US-Auslieferungsersuchen für Assange waren ein Prozess gegen den Journalismus: Die Schikanierung eines Unschuldigen wurde als Gerichtsverfahren getarnt und die Verfolgung eines Verlegers trotz fehlender rechtlicher Grundlage legitimiert. Wie Assanges Verteidigerteam argumentierte, hat das Verfahren eine ernsthafte Missachtung der Rechtsstaatlichkeit gezeigt, einschliesslich des Missbrauchs des Gerichtsverfahrens und der Missachtung des politischen Charakters dieses Falles.

Craig Murray, ein britischer Ex-Diplomat, der jeden Tag an der Anhörung teilnahm, beschrieb, wie Assange am ersten Verhandlungstag zweimal einer Leibesvisitation unterzogen und 11 Mal in Handschellen gelegt worden sei und wie er seine Gerichtsunterlagen abgeben musste. Im Gerichtssaal wurde er im Beisein von privaten Sicherheitsbeamten hinter einer Glasscheibe festgehalten und konnte während des Verfahrens nicht vertraulich mit seinem Anwaltsteam kommunizieren. Während der Anhörung sagte Assange:

«Ich kann nicht mit meinen Anwälten kommunizieren oder sie um Klarstellungen bitten, ohne dass die andere Seite es hört. Die andere Seite hat etwa 100 Mal mehr Kontakt mit ihren Anwälten pro Tag. Was bringt es, zu fragen, ob ich mich zu konzentrieren vermag, wenn ich nicht teilnehmen kann?»

Clare Daly, Mitglied des Europäischen Parlaments aus Irland für den Wahlkreis Dublin, nahm ebenfalls an der Anhörung teil und äusserte sich zu dieser drakonischen Massnahme, die gegen internationale Standards ergriffen wurde. Sie erwähnte, dass sie schockiert war, Assange isoliert hinter dem Glasfenster, abgesondert von seinem Anwaltsteam zu sehen. Ein weiterer anwesender Abgeordneter, Stelios Kouloglou, bemerkte, dass ihn das, was er sah, an die Diktatur in Griechenland erinnerte.

Erosion der bürgerlichen Freiheiten

Worum geht es bei der Verfolgung des WikiLeaks-Gründers wirklich? Was sich im Krieg der US-Regierung gegen die freie Presse im Stillen abgespielt hat, war eine Zerschlagung der Magna Carta als Fundament der Demokratie. Die Magna Carta ist eines der wichtigsten historischen Dokumente, da sie das Prinzip des ordentlichen Gerichtsverfahrens etabliert hat. Sie verkörpert die Idee, dass jeder dem Gesetz unterworfen ist, sogar der König, und dass alle das Recht auf ein faires Verfahren haben, wodurch die Rechte des Einzelnen garantiert werden.

Die Gründerväter der Vereinigten Staaten hielten diesen Schutz vor unrechtmässiger und unbefristeter Inhaftierung für wesentlich, um die Freiheit des Einzelnen zu sichern. Dazu wollten sie das verfassungsmässige Recht auf ein ordnungsgemässes Verfahren nach dem Habeas-Corpus-Prinzip in Artikel 1, Abschnitt 9 der Verfassung garantieren.

Mit der Anklage gegen Julian Assange verstösst die US-Regierung nicht nur gegen den Ersten Verfassungszusatz, sondern greift auch direkt in den Kern der bürgerlichen Freiheiten ein. Die Schritte zur Zerstörung der Verfassung haben nicht erst jetzt begonnen. Sie sind nicht zufällig geschehen, und die Behinderung der Menschenrechte durch diese Regierung betrifft nicht nur Assange als Individuum. Wenn wir genau hinsehen, können wir eine Reihe von Ereignissen erkennen, die sorgfältig inszeniert wurden und zu dem äusserst beunruhigenden Szenario der Isolierung eines mehrfach ausgezeichneten Journalisten in einem Glaskasten geführt haben, wie während der Auslieferungsanhörung zu sehen war.

Mutter von Assange fordert sofortige Freilassung

Christine Assange, die Mutter des WikiLeaks-Gründers Julian Assange, beantragte dessen sofortige Freilassung aus dem Londoner Belmarsh-Höchstsicherheitsgefängnis, da sie befürchtet, dass er sich im Gefängnis einen Coronavirus zuziehen könnte. Dieser Aufruf erfolgt als Reaktion auf eine Warnung von Andrea Albutt, dem Präsidenten der britischen Vereinigung der Gefängnisdirektoren, der sagte, dass die Bedingungen in den Gefängnissen ein Nährboden für Covid-19 seien. Christine Assange warnte, dass ihr Sohn aufgrund einer chronischen Krankheit geschächt sei, und bat darum, ihn «freizulassen, um sein Leben zu retten». (RT)

Assange hat durch seine Arbeit mit WikiLeaks die verborgene unterdrückerische Kraft erkannt, die ihn heimtückisch seiner eigenen demokratischen Rechte beraubt hat. In seinem 2006 erschienenen Aufsatz *Conspiracy as Governance* schrieb er:

«Indem sie gegen den Willen eines Volkes zu Wahrheit, Liebe und Selbstverwirklichung vorgehen, schaffen autoritäre Regimes Kräfte, die sich ihnen entgegenstellen. Pläne, die die autoritäre Herrschaft unterstützen, lösen, sobald sie entdeckt werden, weiteren Widerstand aus. Daher werden solche Pläne von erfolgreichen autoritären Mächten so lange verborgen, bis der Widerstand vergeblich ist oder durch die Effizienz der nackten Macht aufgewogen wird. Diese koordinierte Geheimhaltung, die zum Nachteil einer Bevölkerung wirkt, reicht aus, um ihr Verhalten als konspirativ zu definieren.»

Was Assange als «konspirative Interaktionen zwischen der politischen Elite» beschrieb, lässt sich in Machtnetzwerken identifizieren, die Peter Phillips in seinem Buch *Giants: The Global Power Elites* dokumentiert. Dazu gehören Bemühungen wie das *Project for the New American Century* – ein Unternehmen, das 1997 mit dem Ziel gegründet wurde, die amerikanische globale Führung zu übernehmen. Es besteht aus Spitzenkräften der George-W.-Bush-Administration und strebt die totale militärische Vorherrschaft über die Welt an.

Nach den Anschlägen auf das New Yorker World Trade Center vom 11. September 2001 schienen die Netzwerke der «kollektiven Geheimhaltung», die Assange analysierte, an Dynamik gewonnen zu haben. Der Enthüllungsjournalist John Pilger machte den US-amerikanischen Plan öffentlich, ein katastrophales Ereignis auszunutzen (ein «neues Pearl Harbor»). Die Art und Weise, wie die Katastrophe vom 11. September 2001 dieses «neue Pearl Harbor» lieferte, bot die Gelegenheit für die Extremisten in den USA, sich die Rohstoffe der Welt anzueignen.

Unmittelbar nach dem Ereignis fielen die USA mit Unterstützung ihrer engen Verbündeten in Afghanistan ein. Nur wenige Wochen später wurde der Patriot Act der USA, der die Überwachungsmöglichkeiten der Regierung radikal erweiterte, als Anti-Terrorismus-Gesetz beschlossen. Im Jahr darauf, 2002, wurde in Kuba das Gefangenenlager Guantanamo Bay eingerichtet – unter Verletzung der Klauseln der Verfassung über ein ordnungsgemässes Gerichtsverfahren. Vom Irak-Krieg 2003 bis zur Verabschiedung des Gesetzes über die Militärkommissionen (MCA) durch den Kongress, das das Prinzip des Habeas-Corpus vollständig aufhob, erfolgte die Aushöhlung der bürgerlichen Freiheiten unter dem Vorwand der «Terrorismusbekämpfung» – die offizielle Mission der USA zur Auslöschung der Al-Kaida und der terroristischen Taliban-Führer.

Die Doktrin des «Krieges gegen den Terror»

Wie kam es zu diesem radikalen Verstoss gegen die Demokratie? Die Autorin Naomi Klein untersuchte in ihrem Buch *Shock Doctrine: The Rise of Disaster Capitalism* wie der Staat Krisen verwendet, indem er den psychologisch verletzlichen Zustand der Öffentlichkeit ausnutzt, um seine Agenda durchzusetzen. Sie beschrieb den Vorlauf zur Invasion des Irak als ein Paradebeispiel für diese Schockdoktrin.

Der von der Bush-Doktrin des «Kriegs gegen den Terror» nach dem 9/11 beschworene Terror war wirklich ein Angriff auf das Herz der Demokratie. Er lähmte die Menschen und enthauptete ihre Fähigkeit, die Realität zu definieren, und entwurzelte sie aus ihrer eigenen Geschichte. Dadurch, dass in den Massenmedien immer wieder Bilder vom Einsturz der Zwillingstürme verbreitet wurden, wurde ein Klima der Angst verstärkt.

Als Reaktion auf das als «Terroranschläge» dargestellte Ereignis brachte Präsident Bush in seiner Rede vor dem Kongress und dem amerikanischen Volk seinen Patriotismus mit den tiefen emotionalen Tönen einer Vendetta zum Ausdruck. Während die Nation orientierungslos war und bevor die Menschen Zeit hatten, diesen tragischen Vorfall zu verarbeiten oder gar wirklich zu wissen, wer ihn begangen hat, wurde die Geschichte der Opferrolle geschickt erzählt. Viele hüllten sich in das Sternenbanner und schlossen sich dem Trommelschlag des Krieges mit einem Gefühl der rechtschaffenen Selbstverteidigung an.

Die Herzen der Menschen, die erstarrt waren, wurden taub. Viele von uns waren unfähig, angesichts der Ungerechtigkeit ein Gefühl zu empfinden, dass da etwas nicht in Ordnung ist. Ein stetiges Fortschreiten in der Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten wurde normal. In den Euphemismen der «verschärften Verhöre» und der «ausserordentlichen Überstellungen» wurden verwerfliche menschliche Handlungen wie Folter und Entführung akzeptabler gemacht. Der Begriff «Datenerhebung» wurde verwendet, um die eigentliche Massenüberwachung zu verschleiern, wodurch die verfassungswidrige Bespitzelung einer ganzen Welt durch die NSA weniger streng oder unmoralisch erschien. Grausame Tötungen von Zivilisten erregten weniger Aufsehen, wenn sie als «Nichtkämpfer» bezeichnet wurden oder wenn sie nach ihrer Eliminierung schlicht zu «Kollateralschäden» mutierten.

Das Gewissen von Chelsea Manning

Zwei Monate nach dem 9/11 forderte Präsident Bush die internationale Gemeinschaft in einer Pressekonferenz auf, eine Koalition für militärische Aktionen zu bilden. Er sagte: «Sie sind im Kampf gegen den Terror entweder mit uns oder gegen uns!» – und behauptete, es gäbe keine Neutralität in diesem Krieg gegen den Terror. Mit einem scharfen Vorgehen der Polizei gegen Aktivisten, das eine abschreckende Wirkung hatte, trat die Nation in einen politischen Winter ein. Dementsprechend schien der Sieg Obamas bei den Präsidentschaftswahlen 2008 die dunkle Wolke, die sich nach 9/11 über die Welt gelegt hatte, etwas gelichtet zu haben. Doch Ende 2009 verlor die amerikanische Öffentlichkeit ihre Illusionen über die leeren Versprechungen Obamas von «Hoffnung und Veränderung».

Im Frühjahr 2010, als sich Wellen der Apathie durch das Land bewegten, kam es zu einer Verschiebung der Gezeiten. WikiLeaks veröffentlichte als geheim eingestuftes militärisches Filmmaterial über den Angriff eines US-Armee-Hubschraubers im Juli 2007 im irakischen Vorort New Bagdad. Das Video mit dem Titel «Collateral Murder» zeigte die Tötung von mehr als einem Dutzend Männern, darunter zwei Mitarbeitern von Reuters.

Die Veröffentlichung dieses Videos war ein echter Katalysator für Veränderungen. In dem 17-minütigen Film, der den Alltag der brutalen militärischen Besatzung im Irak schilderte, hatten wir die Gelegenheit, mit eigenen Augen zu sehen, wer diejenigen, die als Feinde im «Krieg gegen den Terror» bezeichnet wurden, wirklich waren – eine Gruppe von Erwachsenen und Kindern, die versuchten, sich vor den Schüssen zu schützen, und Journalisten, die ihr Leben riskierten, um ihre Arbeit zu tun.

Das Licht, das die sinnlose Tötung durch das US-Militär enthüllte, war das Gewissen der Geheimdienstanalytikerin der US-Armee, Chelsea Manning. Es brachte ein Erwachen ins Herz, das uns an die uns innewohnende Verpflichtung zueinander erinnert und dazu beiträgt, die gestohlenen Erinnerungen an unsere eigene Geschichte wiederzugewinnen.

Journalismus mit Zivilcourage

Der Gewissensakt dieser jungen amerikanischen Informantin wurde von den etablierten Medien mit Feigheit und Gleichgültigkeit aufgenommen. Manning wandte sich zunächst mit dem Material, das US-Kriegsverbre-

Fortsetzung Seite 7

Eskalation...

Fortsetzung von Seite 6

chen aufdeckte, an die grossen US-Nachrichtenmedien wie die New York Times und die Washington Post, doch diese wiesen sie ab.

Angesichts des Vakuums an Zivilcourage in der Medienlandschaft wurde WikiLeaks zu Mannings letzter Hoffnung. Nelson Mandela, der die Emanzipation Südafrikas anführte, sprach einmal darüber, dass Mut «nicht die Abwesenheit von Angst, sondern der Triumph darüber» sei und dass «der mutige Mann nicht derjenige ist, der keine Angst hat, sondern der, der diese Angst besiegt».

Angesichts des vorherrschenden Terrors eines autoritären Staates demonstrierte WikiLeaks einen wirklich furchtlosen Journalismus, der den Mut seiner Informanten entfachte. WikiLeaks, ein 2006 gestartetes Projekt von Sunshine Press, begann die gefrorenen Herzen zu schmelzen und enthüllte die von den Konzernmedien verdeckte Realität.

Bei der Veröffentlichung des Kollateralmord-Videos wies Assange darauf hin, dass seine Veröffentlichung bezweckt, der Welt auszuzeigen, wie moderne Kriegsführung tatsächlich aussieht, und dass «seine Mission darin besteht, Ungerechtigkeiten aufzudecken, nicht darin, eine unparteiische Aufzeichnung der Ereignisse zu liefern». Der australische Journalist erklärte, WikiLeaks habe dem Video mit seinem Titel eine bestimmte Richtung geben wollen, um eine maximale politische Wirkung zu erzielen: Die Organisation wollte «den Euphemismus des ‹Kollateralschadens› ausschalten, so dass jeder, der es sich ansieht, an ‹Kollateralmord› denken wird».

Der aggressive Krieg des Imperiums

Im Sommer 2010 wurde das Licht der Transparenz stärker. WikiLeaks veröffentlichte das «Afghan War Diary», die Fundgrube für als geheim eingestufte militärische Aufzeichnungen über den Krieg in Afghanistan, in dem rund 20 000 zivile Todesfälle durch Attentate, Massaker und nächtliche Angriffe aufgedeckt wurden. Darauf folgte schnell die Veröffentlichung der Irak-Kriegsprotokolle, die die Menschen im Irak über 15 000 zivile Opfer informierten, die der internationalen Gemeinschaft bisher nicht bekannt waren und nicht gemeldet wurden. Die Veröffentlichung von 779 geheimen Berichten über Gefangene des US-Militärgefängnisses in Guantanamo durch WikiLeaks wirft ein Licht auf die illegale Inhaftierung und Verhörpraxis unter dem Bush-Regime.

Nach der Veröffentlichung von Dokumenten über die Kriege im ölreichen Nahen Osten griff das Pentagon rasch WikiLeaks an. Trotz der umsichtigen Bemühungen der Organisation um Schadensminimierung bei der Herausgabe sensibler Informationen drohte der US-Stabschef Mike Mullen der Whistleblowing-Site mit dem bombastischen Spruch vom «Blut an ihren Händen». Dieser offizielle Sprecher des Pentagon bezeichnete die Veröffentlichungen von WikiLeaks als «rücksichtslos» und «unverantwortlich», obwohl nicht der geringste Beweis dafür vorgebracht wurde, dass irgendeine dieser Enthüllungen jemandem Schaden zugefügt hätte.

Zu der Zeit, als WikiLeaks begann, die US-Diplomatenkabel zu veröffentlichen und dabei unzählige Missstände aufdeckte, verurteilte die damalige US-Aussenministerin Hillary Clinton die Whistleblowing-Site scharf. Clinton, die zugab, dass der Irak-Krieg ein Fehler war und gestand, wie die USA Al-Qaida und ISIS ins Leben gerufen hatten, sagte «Diese Enthüllung ist nicht nur ein Angriff auf die aussenpolitischen Interessen

Gefangener der Imperien: Julian Assange in der Karikatur von Carlos Latuff. Bild @LatuffCartoons

Amerikas. Es ist ein Angriff auf die internationale Gemeinschaft ...».

Im Gegensatz zu der Selbstdarstellung der US-Regierung als Opfer haben die von WikiLeaks veröffentlichten Dokumente die Wahrheit gezeigt – nämlich dass sie Menschenrechtsverletzungen begeht und illegale Kriege führt. Mannings Gewissen war durch den mutigen Akt der Veröffentlichung von WikiLeaks eine Antwort auf den imperialen Angriffskrieg der USA – die massive politische Offensive, die gegen die ganze Welt begangen wurde.

Das Herz der Demokratie wiederbeleben

Die politische Offensive Amerikas wurde auch nach der Ära Bush-Cheney fortgesetzt. Präsident Obama hat sich nicht nur geweigert, die Kriegsverbrecher der vorherigen Regierung zu verfolgen, er wurde selbst zum Nachfolger ihrer Verbrechen. Statt die Truppen abzuziehen, fügte er 2009 noch mehr hinzu und schürte damit den Krieg in Afghanistan. Trotz seiner versprochenen «Sonnenschein»-Politik – um die Regierung transparenter zu machen – führte Obama einen beispiellosen Krieg gegen die Wahrheitsfinder, indem er Manning und den NSA-Whistleblower Edward Snowden im Rahmen des Spionagegesetzes anklagte.

Gemäss seinem Wahlkampfslogan «Vorwärts» von 2012 machte Obama tatsächlich vorwärts: Mit Guantanamo Bay und Drohnenangriffen. Er unterzeichnete den National Defense Authorization Act (NDAA) von 2012, der umstrittene Bestimmungen einer umfassenden weltweiten unbefristeten Haft enthielt, die auch heute noch wirksam sind. Mit seiner «Tötungsliste» erweiterte dieser angeblich «fortschrittliche» Präsident die Macht der Exekutive in einer Weise, die es ihm ermöglichte, als Ankläger, Anklagevertreter, Richter, Geschworener und Henker in einer Person zu agieren, einschliesslich der Ermordung von Menschen, selbst von US-Bürgern.

Im Jahr 2012 enthüllten deklassierte militärische Dokumente, die durch einen Antrag nach dem Gesetz zur Informationsfreiheit erlangt wurden, dass die US-Regierung WikiLeaks und Julian Assange als Feinde der Vereinigten Staaten bezeichnet hat, wodurch die Medienorganisation in dieselbe rechtliche Kategorie wie Al-Qaida und gewalttätige terroristische Gruppen eingestuft wurde.

Von der geheimen Untersuchung einer Grand Jury über eine aussergerichtliche Finanzblockade bis hin zur Schikanierung der Mitarbeiter von WikiLeaks an den Grenzen (einschliesslich des Anwalts von Assange) griff die Obama-Regierung den Herausgeber an, der die Öffentlichkeit gegen die wiederholten Menschenrechtsverletzungen und ungeheuerlichen politischen Vergehen des Imperiums eindringlich verteidigt hat. Jetzt sehen wir in der Anklage der Trump-Administration gegen Assange in 17 Anklagepunkte wegen Verletzung des Spionagegesetzes und in einem Anklagepunkt wegen Verschwörung zur Begehung von Computerkriminalität die Eskalation dieses beispiellosen Krieges gegen den Ersten Verfassungszusatz.

Anlass für Assanges US-Auslieferungsverfahren ist sein Kampf gegen den immerwährenden «Krieg gegen den Terror» des Imperiums – der Krieg, der mit Lügen begann und kein Ende kennt. Es ist ein politischer Kampf, und Assanges Freiheit kann nicht durch das Gericht gewonnen werden.

Julian Assange schuf eine neue Form des Journalismus, die es einer freien Presse ermöglichte, ihre wahre Funktion zu erfüllen – die Rolle eines Wachhundes für die Demokratie. WikiLeaks eröffnete eine Möglichkeit für gewöhnliche Menschen, Informationen als Macht zu nutzen, um an sich entfaltenden Ereignissen teilzuhaben und autoritäre Planungen zu vereiteln, damit sich die tragische Vereinnahmung der Geschichte, die zu Gräueltaten in fernen Ländern und zum Tode von Zehntausenden unschuldiger Menschen führte, nie mehr wiederholen kann.

Netzwerke eines ansteckenden Mutes, die durch Wellen von Whistleblowern entstanden, begannen die Verschwörung der Regierung aufzulösen. Das wiederbelebte Herz der Demokratie inspiriert uns jetzt dazu, uns auf Gerechtigkeit hin zu bewegen, unsere eigene Bedeutung zu erkennen und einander in die Augen zu schauen, wenn wir zu dem werden, was wir sein sollen – zu den Bewegern und Gestaltern unserer eigenen Geschichte. Nur durch den Mut jedes Einzelnen, die Angst zu überwinden und diesem entfesselten Terror entgegenzutreten, können wir diesen Krieg beenden und diejenigen befreien, die ihre Freiheit geopfert haben, damit wir alle frei sein können.

Nozomi Hayase ist gebürtige Japanerin und siedelte im Erwachsenenalter in die USA über. Die Psychologiedozentin und Buchautorin vertritt die Lehre des Befreiungspsychologen und Jesuitenpaters Ignacio Martín-Baró, der 1989 in San Salvador einem Massaker des Militärs zum Opfer fiel.

Quelle: Antiwar.com, Übersetzung antikrieg.com/uw

Baldiges Ende einer grausamen Haft

Anas Freiheit naht

Ana Belén Montes, die politische Gefangene aus Puerto Rico, für deren Freiheit wir uns seit Jahren einsetzen, soll vorzeitig aus der Haft entlassen werden. Das berichtet Jürgen Heiser in der deutschen Tageszeitung «Junge Welt».

Von Jürgen Heiser

Die politische Gefangene Ana Belén Montes beging am 28. Februar in einem US-Bundesgefängnis in Texas ihren 63. Geburtstag. Wie die US-Organisation «Pro Libertad Freedom Campaign» mitteilte, ist die Puertoricanerin «für die vorzeitige Haftentlassung im Jahr 2022 vorgesehen». Das wäre rund vier Jahre vor dem regulären Ende der 25jährigen Gefängnisstrafe, zu der sie 2002 von einem US-Gericht verurteilt worden war.

Der Spezialistin für kubanische und lateinamerikanische Angelegenheiten des US-Militärgeheimdiensts DIA wurde bei ihrer Verhaftung im September 2001 «Verschwörung zur Spionage für Kuba» vorgeworfen. In ihrem Prozess betonte die Whistleblowerin, als Analystin der DIA erkannt zu haben, dass Washingtons Politik gegenüber Kuba «grausam und unfair und zutiefst unnachbarschaftlich» sei. Sie sei ihrer «Überzeugung mehr verpflichtet gewesen als dem Gesetz» und wollte deshalb das sozialistische Land mit Informationen über die US-Strategien zu seiner Destabilisierung versorgen.

Beléns Anwältin Linda Backiel erklärte, die vorzeitige Entlassung ihrer Mandantin sei in erster Linie ein Erfolg der internationalen Solidarität, basiere aber formal auf einer Ende 2018 verabschiedeten US-Strafrechtsreform. Der «First Step Act» sei «ein erster Schritt in Richtung einer umfassenden Reform, die darauf abzielt, die Zahl der Gefängnisinsassen in den Vereinigten Staaten zu reduzieren». Die seit den 90er Jahren erfolgten Masseninhaftierungen seien «Ergebnis einer rassistischen Politik, die Armut unter Strafe stellt».

In ihrer Onlineausgabe hatte die Frankfurter Allgemeine Zeitung im Dezember 2018 berichtet, in den USA habe eine «Gruppe von Abgeordneten und Senatoren beider Parteien, die seit vielen Jahren das Problem der Masseninhaftierung anpacken» wollte, «endlich eine Mehrheit gefunden». Unter dem früheren Präsidenten Barack Obama von den Demokraten war die Gesetzesinitiative 2015 noch gescheitert. Der republikanische Mehrheitsführer im Senat, Mitchell «Mitch» McConnell, wollte seine Partei kurz vor der Präsidentschaftswahl 2016 nicht dem Verdacht aussetzen, auf den Vorwurf von Bürgerrechtlern zu reagieren, im Strafvollzug werde «die Versklavung der Afroamerikaner fortgesetzt». McConnell setzte keine Abstimmung an, weil er dem ersten schwarzen Präsidenten diesen Erfolg nicht gönnte. Obama hatte vor dem Ende seiner zweiten Amtszeit Bürgerrechtler zitiert, wonach in den USA nur «fünf Prozent der Weltbevölkerung leben, aber 25 Prozent aller Häftlinge der Welt».

Dass die Zweifel an den Masseninhaftierungen von vorwiegend schwarzen und hispanischen US-Bürgern auch unter Konservativen gewachsen seien, liegt laut «Pro Libertad» weniger an den rassistischen Motiven massenhafter Strafurteile, sondern vielmehr an den hohen Kosten des US-Strafvollzugssystems. Die gegenwärtig rund 200 000 Insassen von Bundesgefängnissen machen zwar nur etwa zehn Prozent aller US-Gefangenen aus, sollen aber als erste vom «First Step Act» profitieren. Wer sich in der Haft gut führe und an Bildungsmassnahmen teilnehme, könne vorzeitig entlassen werden, so die Gesetzgeber. Ausserdem werden nach dem «First Step Act» die Haftbedingungen von schwangeren und kranken Frauen in Bundesgefängnissen gelockert.

Anwältin Backiel setzte sich seit der US-Strafrechtsreform dafür ein, dass ihre Mandantin, die stets «anders behandelt wurde als andere», eine Haftverkürzung nach dem «Frist Step Act» erhält, zudem ist sie seit Ende 2016 an Krebs erkrankt. Hierzu meldete «Pro Libertad», Belén erhole sich langsam von dem Brustkrebs, es gehe ihr «sehr gut».

«Wir freuen uns sehr über die Möglichkeit, dass Ana früher als erwartet heimkommt», erklärte Miriam Montes Mock, Sprecherin des «Arbeitskreises für Ana Belén Montes» in Puerto Rico und ihre Cousine. Auch wenn das erst in zwei Jahren sei, sammle der Arbeitskreis schon Spenden, damit sie bei ihrer Entlassung alles, was nötig sei, vorfinde. «Eine angemessene medizinische Versorgung sowie physische und emotionale Unterstützung» seien sichergestellt, so Montes Mock.

Quelle: jungewelt.de

COVID-19-Sperre im Knast

Peltier gefährdet

Elke und Holger Zimmer vom deutschen Unterstützungskomitee für den politischen Langzeitgefangenen Leonard Peltier erhielten vom indigenen Aktivisten, der seit 1978 (!) eingekerkert ist und in der aktuellen Viren-Bedrohung nach verschiedenen Erkrankungen zur Hochrisikogruppe gehört, am 18. März folgendes Statement:

Wir wurden heute Nachmittag darüber informiert, dass über die gesamte Einrichtung eine Quarantäne verhängt wird, und diese Sperre wird mindestens 30 Tage dauern. Uns wurde gesagt, dass wir 500 Minuten für das Telefon erhalten würden, das sind 200 Minuten mehr als üblich, so dass es nicht danach klingt, als würden wir in unseren Zellen isoliert. Ich weiss aber nicht, ob wir in der Lage sein werden, Briefe zu schreiben oder Post zu erhalten.

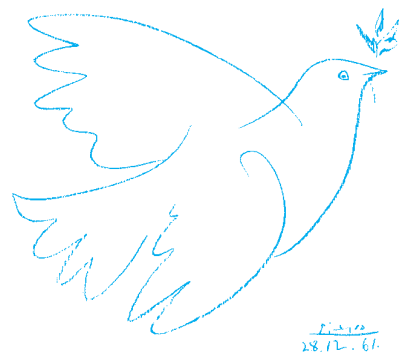
Ich werde keine andern Gefangenen besuchen und hoffe, dass ich die nächsten 30 Tage überlebe und das Virus nicht in Coleman I gelangt. Soweit ich weiss, ist bisher im USP-Coleman-Komplex niemand mit dem Virus infiziert.

Ich bekomme immer wieder widersprüchliche Informationen, aber wir durften am Abend rausgehen und sind jetzt wieder in den Innenräumen. Vielleicht sind nur Besuche von Aussen betroffen, die abgesagt wurden, und es gibt keinen Kontakt mehr mit der Aussenwelt. Dem stimmen die meisten von uns ohnehin zu, denn anscheinend weiss niemand, ob er mit dem Virus in Kontakt gekommen ist oder nicht.

So lange ich kann, werde ich euch auf dem Laufenden halten und ich möchte euch allen ans Herz legen, dass ihr euch da draussen in Sicherheit bringen sollt: Dieser Virus schaut nicht auf die Rasse und jeder kann es bekommen. Wenn möglich, achtet besonders auf die Menschen in den Indigenen Nationen, denn wer unsere Geschichte bei solchen Pandemien kennt weiss, dass die Urbevölkerung die letzte ist, die Hilfe bekommt, und ich habe Enkelkinder da draussen.

Leonard Peltier
18. März 2020

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch
www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für die Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Seyhan Karakuyu, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 3 000
Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 3. Herzlichen Dank!

Sie hat die hundert Jahres ihres Lebens «offenen Sinnes und warmen Herzens» durchschritten. Am 24. Februar 2020 haben wir von ihr Abschied genommen: Unsere Mitkämpferin Aenne Goldschmidt-Michel. Foto zvg

Ein Leben für den Volkstanz

Im hohen Alter von 99 Jahren ist am 24. Januar 2020 unsere Friedensfreundin Aenne Goldschmidt-Michel in Riehen verstorben. An einer Gedenkfeier haben ihre Familie, ihre Freunde und Mitstreiter am 24. Februar von ihr Abschied genommen und ihre Urne beigesetzt. Fränzi Genitsch-Hofer blickte dabei auf das fast hundert Jahre umfassende Leben von Aenni zurück. Wir fassen einige der biographischen Elemente aus ihrer bewegenden Ansprache nachfolgend zusammen.

Von Fränzi Genitsch-Hofer

Aenni wurde am 8. November 1920 in Bolligen im Kanton Bern als viertes Kind von Anna Grossenbacher von Hindelbank und Adolf Michel von Brienz geboren und erhielt den Namen Anna Luzia, in der Berner Mundart «Aenni» genannt.

Bereits als Kind hatte Aenni den Wunsch, Tänzerin zu werden und besuchte vom 6. Lebensjahr an Kindertanzschulen. Nach der Sekundarschule musste sie zwischen 1936 und 1939 aber erst einmal eine volle Ausbildung an der Töchterhandelsschule Bern machen. Nach erfolgreichem Schulabschluss wurde sie 1939 an der Emmy-Sauerbeck-Schule für Bewegung in Bern zur professionellen Ausbildung als Tänzerin und Pädagogin für tänzerische Gymnastik angenommen. Der Kindheitstraum begann, langsam Wirklichkeit zu werden, und sie blieb zwei Jahre, bis zum Ende der Tanzausbildung 1941, und dann noch weitere fünf Jahre, bis 1946, als Assistentin an der Sauerbeck-Schule.

Frieden und Freiheit

Zwischenzeitlich Mitglied des Ballett-Ensembles des Stadttheaters in Bern, vermochten sie die Tänze in Operetten und Opern in keiner Weise zu befriedigen konnten. Aenni wurde schliesslich freischaffende Künstlerin, wobei sie einerseits pädagogisch tätig war, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, andererseits jedoch als Tänzerin im Genre des modernen Kammertanzes auftrat.Zusammen mit dem Berner Tänzer Roger Georges entwickelte sie Kammertanzprogramme, die das Paar in der Schweiz, in Frankreich und in der Tschechoslowakei aufführte. Der Hauptteil eines ihrer Programme war dem Thema «vom Krieg zu Frieden und Freiheit» gewidmet, eine Thematik, die Aenni zutiefst beschäftigte und die zu gestalten und auszudrücken ihr grösste Befriedigung brachte.

Seit 1938 betätigte sich Aenni politisch in den Reihen der revolutionären Arbeiterbewegung der Schweiz. Die ersten Anstösse dafür fand sie in ihrem Elternhaus. «Mein Vater war ein linker Sozialdemokrat», schrieb Aenni Goldschmidt-Michel 1967 in einem Lebenslauf. «*Meine Mutter fand den Weg zu sozialistischem Gedankengut als Anhängerin der religiös gefärbten sozialistischen Richtung des Leonhard Ragaz. Sie war später aktiv in der Frauen- und Friedensbewegung tätig. Entscheidenden Einfluss auf die Ausprägung meiner Weltanschauung hatten verschiedene kommunistische Emigranten aus Österreich und Deutschland in der Schweiz.*

1938 war ich mit einigen sozialistischen Studenten zusammen an der Gründung einer Berner Sektion der Sozialistischen Jugend der Schweiz beteiligt. Anfangs 1940, als die kommunistische Partei der Schweiz und die Sozialistische Jugend verboten wurden, arbeitete ich in der Jugendgruppe weiter und trat der illegalen Kommunistischen Partei bei. Später beteiligte ich mich an der Gründung der Freien Jugend der Schweiz. Nach der Aufhebung des Verbotes der Kommunistischen Partei wurde 1944 die Partei der Arbeit der Schweiz gegründet, der ich seit der Gründung bis heute angehöre.»

In der Partei der Arbeit lernte Aenni dann auch den Musikkritiker und Musikwissenschaftler Harry Goldschmidt kennen. den sie 1947 heiratete. Im einsetzenden Klima des Kalten Krieges und der damit verbundenen Hatz gegen Linke und Friedensbewegte hatte es Harry als Journalist immer schwerer, bezahlte Aufträge zu bekommen, und Aenni als freischaffende Tänzerin verdiente nicht genug, um die Familie über Wasser zu halten.

Durch Kontakte mit befreundeten deutschen Emigranten, die schon in die damalige Ostzone Deutschlands zurückgekehrt waren, erreichte den Musikkritiker Goldschmidt der Ruf der Musikabteilung des Berliner Rundfunks, die ihn zur Mitarbeit einlud, und so nahm das Paar Ende 1948, anfangs 1949 seine Übersiedlung nach Berlin vor.

Aennis erste Aufgabe im neuen Land bestand im Juli 1949 in der choreographischen Schaffung eines Tanzspieles im Nationalprogramm der Freien Deutschen Jugend für die zweiten Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Budapest. Die Teilnahme am Weltjugnedfestival gestaltete sich für Aenni zu einem gewaltigen Erlebnis, das für die ganze Richtung ihrer weiteren künstlerischen Tätigkeit ausschlaggebend wurde. «Zum ersten Mal in meinem Leben kam ich dort mit Tanzfolklore der ganzen Welt in Berührung, die sich in einer überwältigenden Fülle, urwüchsigen Phantasie und Schönheit darbot», beschreibt sie in ihrem Lebenslauf von 1967 ihre Eindrücke. «*Zum ersten Mal auch sah ich dort die herrlichen beruflichen Volkstanzensembles der sozialistischen Bruderländer, wie zum Beispiel das Moissejew-Ensemble, das Masowsche-Ensemble oder chinesische klassische Pantomime. Dadurch wurde mir auf eindrücklichste Weise zum Bewusstsein gebracht, in welch zurückgebliebener, schlechter Lage wir uns befanden, bar jeder eigenen nationalen Tanzfolklore, und wie unumgänglich es sei, diese Tanzentwicklung in einem sozialistischen Deutschland ebenfalls zu vollziehen. Das wurde zum Ausgangspunkt meines bis heute andauernden Mühens um die deutsche Tanzfolklore, ihre Erforschung, Verbreitung und Entwicklung bis hin zur künstlerischen Bühnengestaltung.»*

1950 übernahm Aenni Goldschmidt-Michel die Leitung des Tanzensembles der Volksbühne und legte selbst die ersten Grundsteine zu einem professionellen deutschen Volktanzsensemble. Nach Gründung des staatlichen Volkskunstensembles wurde sie dessen Leiterin und Choreographin und erhielt 1952 als erste Ausländerin den Nationalpreis der DDR.

Zwischenzeitlich Mutter eines Sohnes geworden – unseres langjährigen Sekretariatsmitgliedes Matthias – blieb Aenni Goldschmidt-Michel bis 1959 an der Spitze des Tanzensembles tätig und realisierte auch danach mit ihrer Nachfolgerin und Freundin Thea Maass eine Reihe erfolgreicher Choreografien. Das waren einerseits künstlerische Bearbeitungen und in choreografische Gesamtkonzepte eingeordnete deutsche und österreichische Volkstänze, andererseits aber auch völlige Neukreationen. Dafür erhielt sie 1963 das Diplom und den Ballettmeistertitel.

Handbuch des Volkstanzes

Aenni war während Jahren stark engagiert in der Feldforschung auf dem Gebiet der deutschen Folklore. Sie war besorgt, dass immer mehr Kenntnisse und Erfahrungen im Volkstanz und bei den alten Bräuchen verloren gehen, wenn man sie nicht systematisch erforscht und aufschreibt.

Aus dieser umfangreichen und akribischen Arbeit entstanden einerseits das dreibändige «Handbuch des deutschen Volkstanzes», heute das Standardwerk auf diesem Gebiet, andererseits zusammen mit Thea Maass das zweibändige Werk «Volkstänze aus Thüringen und der Rhön».

Von 1967 bis 1990 war sie auch im Theaterverband der DDR sehr aktiv und erreichte nach langen Auseinandersetzungen die Anerkennung des Tanzes als eigene Theatersparte und die Anerkennung der Choreografen als Autoren und Schöpfer der Tanzwerke. Ausserdem erreichte sie mit dem Theaterverband, in dem sie Vorsitzende der Sektion Bühnentanz war, dass Tänzer schon ab 35 Jahren eine Künstlerrente erhielten, wenn sie nicht mehr tanzen konnten.

Eine grosse Freude war Aenni dann die Geburt ihrer beiden Enkel Benjamin, der 1981 auf die Welt kam, und Felix, welcher 1984 geboren wurde. Sie blühte jedesmal auf, wenn sie die Kinder hüten konnte. Am liebsten hatten es Beni und Felix, wenn «Grossmueti» ihnen aus Kinderbüchern vorlas.

1986 war Harry bei einem Musikkongress in Dresden mit 76 Jahren gestorben. In der Zeit danach war es Aenni ein Anliegen, Harrys Nachlass zu ordnen und noch einige seiner Schriften posthum herauszugeben.

Die grosse Demontage

Der Wende in der DDR in den achtziger Jahren ist Aenni sehr kritisch gegenübergestanden. Zwar war auch sie seit den Sechzigerjahren immer für eine Weiterentwicklung des Sozialismus und für notwendige Reformen eingetreten, aber es ging ihr um mehr und nicht weniger Sozialismus und vor allem um mehr Attraktivität des sozialistischen Modells, von dessen Notwendigkeit sie weiter überzeugt war.

Aenni war zunehmend frustriert von der Demontage vieler sozialer und kultureller Errungenschaften, an deren Schaffung sie seit 1949 beteiligt gewesen war. Besonders störte sie die systematische Verächtlichmachung der grossen Aufbauleistungen der Bevölkerung, die ja auch ein Teil ihres Lebenswerkes gewesen waren. Aber auch die zunehmende Kommerzialisierung und Amerikanisierung aller Lebensbereiche lehnte sie ab. Sie sagte immer: «Der Kalte Krieg ist nicht vorbei, er geht jeden Tag weiter!»

Und so entschloss sie sich schliesslich 1994, Berlin ganz aufzugeben und in die Schweiz zurückzukehren. Mit Hilfe ihres Sohnes Matthias, der bereits seit 1981 mit seiner Familie in Basel lebte, fand sie dann ein neues Zuhause in Riehen, ganz in seiner Nähe, aber mit eigener Wohnung.

Sehr schnell lebte sich Aenni in Basel ein und nahm ihr aktives politisches Engagement jetzt wieder in den ihr wichtigen Organisationen in der Schweiz auf. Mitglied der Partei der Arbeit war sie ja nach wie vor. Die Schweizer Genossen in der DDR hatten dort seit 1963 eine Sektion der PdA geführt und so ihre Mitgliedschaft immer beibehalten.

Neu ist Aenni dann in die Basler Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt und in die Schweizerische Friedensbewegung eingetreten. Chancengleichheit und gleiche Rechte für alle, unabhängig von Geschlecht und Herkunft, und die Erhaltung des Friedens waren ihr immer ein grosses Anliegen. Dafür war sie bereit sich bis ins hohe Alter aktiv einzusetzen, und nahm teil an Solidaritätsveranstaltungen, Demonstrationen und Kundgebungen. Sie war unabhängig, mutig und stark und fürchtete sich nie, ihre Meinung kund zu tun. In der Frauenvereinigung war Aenni mehrere Jahre im Vorstand tätig und hat sich dort immer vehement für die Rechte der Frauen eingesetzt. Sie war auch immer wieder für eher extreme Forderungen zu begeistern. Wenn skeptische Einwände kamen, hat sie dazu erwidert: «Man muss oft mehr als das Machbare anstreben und fordern, damit das Machbare erreicht werden kann.»

2010, als sie schon 90 war, erschien ihr letztes Buch «Geschicklichkeitstänze und -spiele», das sie zusammen mit ihrer Freundin, Kollegin und Schülerin Maud Butter verfasst hatte.

Bis 2013 führte sie ihren eigenen Haushalt an der Bäumlihofstrasse in Riehen und zog danach ins Haus ihres Sohnes Matthias, wo sie in der Nacht vom 23. auf den 24. Januar friedlich einschlafen durfte.

Ohne dich und dich – keine UW!

UNSERE WELT ist auf deine Unterstützung angewiesen! Durch den jährlichen Mitgliederbeitrag, ein Abonnement oder eine Spende unterstützt du unsere Arbeit und vor allem die Produktion und Herausgabe dieser Zeitung. Vielen Dank!

Dieser Ausgabe der UW liegt ein Einzahlungsschein bei.
Aber auch sonst ist rund um die Uhr eine Online-Überweisung möglich:

PC: 40-1627-7
IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
BIC: POFICHBEXXX